PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH !

Rote Fahne

TRIBÜNE DER ÖSTERREICHISCHEN MARXISTEN-LENINISTEN

Nr. 50 1. Februar 1966 Einzelpreis S 3,-

WAHLAUFRUF der ARBEITERLISTE MLÖ

ARBEITERWÄHLER !

Am 6. März werdet Ihr eine Entscheidung treffen müssen!

Eine kurze, durchaus nicht vollständige Bilanz der abgelaufenen Parlamentsperiode ergibt:

- dauernde, fortschreitende Teuerung,
- ständige, immer raschere Geldentwertung,
- immer höhere Steuerlasten der arbeitenden Bevölkerung,
- immer größere Steuergeschenke für die Reichen,
- immer offeneres und frecheres Auftrumpfen reaktionärer Kräfte,
- immer unverschämtere Ermunterung faschistischer Elemente durch Freisprüche von KZ-Mördern, Bombenwerfern, Totschlägern und SS-Verbrechern,
- immer weiter gehende Verschacherung verstaatlichter Betriebe an das Privatkapital,
- immer kostspieligere Aufrüstung des Bundesheeres, das nur gegen einen "inneren Feind" funktionieren könnte, usw. usf.

Diese sehr unvollständige Bilanz beweist:

IN DEN LETZTEN DREIEINHALB JAHREN WURDE NOCH SCHAMLOSER ALS VORHER IM INTERESSE DER KAPITALISTEN UND REAKTIONÄRE POLITIK GEMACHT UND REGIERT!

Dafür sind zunächst die Regierungsparteien verantwortlich, und zwar - auf Grund des Koalitionspaktes - beide in gleichem, vollem Maße. Daran ändern auch ihre heutigen gegenseitigen Beschuldigungen und Beschimpfungen nicht das Geringste.

Keine der beiden Regierungsparteien hätte ohne die bereitwillige Mithilfe der anderen diese Politik allein durchführen können!
Sie haben einander dabei geholfen wie Stehler und Hehler.
Der Bestohlene aber ist die arbeitende Bevölkerung!

Die ungeschmälerte Mitverantwortung trägt aber auch die FPÖ,

Ihrer Majestät - der Koalition - gehorsame "Opposition". Diese Partei, deren Führer zum größten Teil ehemalige Naziführer sind, ist weder österreichisch noch freiheitlich, sondern ein Stoßtrupp des reaktionärsten Flügels des deutschen Kapitals. Wenn sie sich auch im Parlament oppositionell zu gebärden bemüht, hat sie der Koalitionspolitik doch nie einen ernsthaften Widerstand entgegengesetzt und hat in allen Landesregierungen, in denen sie "dabei sein" durfte, die Politik der Koalitionsparteien mitgemacht, ja an Arbeiterfeindschaft noch zu übertreffen gesucht. Sie hat den Proporz weidlich dazu ausgenützt, gutbezahlte Posten zu ergattern.

Die politische Mitverantwortung trägt heute schließlich auch die Führung der KPÖ, die durch ihren Kniefall vor der SP-Führung die österreichische Arbeiterklasse der letzten wirklich oppositionellen Kraft beraubt hat und damit die Durchführung der Koalitionspolitik erleichtert.

Jetzt aber werben alle diese Parteien mit Unschuldsbeteuerungen und lockenden Versprechen, man möge ihnen doch wieder vertrauen. Die funkelnagelneuen Programme, auf die sie sich dabei berufen, zeugen von ihrem schlechten Gewissen. Vor allem aber: ES KOMMT NICHT AUF DIE WORTE, SONDERN AUF DIE TATEN AN!

ARBEITER, DENKT SELBST NACH!
BILDET EUCH SELBER EIN URTEIL!

Ihr könnt dann **weder der ÖVP noch der FPÖ** auf ihre kostspielige Propaganda hereinfallen. Erinnert Euch an die arbeiterfeindliche Haltung dieser direkten Kapitalistenparteien in allen wichtigen Fragen wie:

Teuerung, Geldentwertung, Steuerpolitik, Lohnfrage, Wohnungspolitik und Mieterschutz, Verstaatlichung, Habsburger-Rückkehr, Bombenterrorismus, Borodajkevicz-Skandal, EWG-Anschluß usw.

MIT EUREN STIMMEN WOLLEN SIE IHRE BISHERIGE POLITIK FORTSETZEN UND NOCH VERSCHÄRFEN! DAHER KEINE STIMME DEN PARTEIEN DES KAPITALS, DER ÖVP UND DER FPÖ!

Also SPÖ wählen? Warum aber?

Zur Belohnung für die bisherige Koalitionspolitik an der Seite der ÖVP und als Ermunterung zur Fortsetzung einer solchen Politik?

Als Dank dafür, daß der SP-Innenminister als oberster Chef der Preisüberwachungsbehörde nichts gegen die Teuerung und fortschreitende Geldentwertung unternommen hat?

Als Anerkennung dafür, daß in der Amtsperiode eines SP-Innenministers der erste Arbeitermord der Geschichte der 2. Republik möglich geworden ist?

Als Ausdruck des Einverständnisses, daß unter der Verantwortung eines SP-Justizministers Nazifaschisten, Sprengstoffhelden und Arbeitermörder freigesprochen oder zu aufreizend geringen Strafen verurteilt werden?

Aus Freude darüber, daß Österreich unter dem Szepter eines SP-
? Außenministers immer tiefer in die reaktionären Kombinationen der amerikanischen und westdeutschen Imperialisten verstrickt wird, dem rechten Flügel in der UNO angehört, den schmutzigen US-Krieg in Vietnam offiziell gutheißt usw.?

Oder gar aus Genugtuung über die Leistungen Dr. Pittermanns, un-
? ter dessen oberster Leitung die verstaatlichte Industrie Stück für Stück ruiniert, reprivatisiert und ausverkauft wird?

Sollen sich alle diese SP-Minister und SP-Würdenträger weiter darauf berufen können, das Volk habe alle ihre Taten und Unterlassungen gutgeheißen und sie ermächtigt, so weiterzuwirtschaften?

NEIN! DIE SPÖ IST KEIN SCHUTZ GEGEN DIE ÖVP-REAKTION! DAHER IST EINE STIMME FÜR DIE SPÖ FÜR DEN ERNSTEN KAMPF GEGEN DIE REAKTIONÄRE GEFAHR VERLOREN!

Das wissen auch die Führer der KPÖ. Das haben sie seit zwanzig Jahren auch selbst immer wieder gesagt. Heute sagen sie genau das Gegenteil und fordern auf, den SP-Führern die Stimme zu geben. Kann man solche "Arbeiterführer" noch ernst nehmen, kann man ihnen noch vertrauen?

Auf die durch sie verschuldete Verwirrung spekulieren auch die verschiedensten Demagogen und politischen Abenteurer.

Auch Herr Olah mit seiner DFP versucht im Trüben zu fischen. Er, der bis vor drei Jahren die Koalitionspolitik an führender Stelle mitgemacht hat; er, der verantwortlich ist für die Verschleuderung von Millionen Arbeiterschillingen an die FPÖ und der nur mit Hilfe der ÖVP und FPÖ einer gerichtlichen Untersuchung seiner Transaktionen entgehen konnte, will heute ausgerechnet die Stimmen von Arbeitern für seine arbeiterfeindliche Politik mißbrauchen. Ihn zu wählen, hieße sich selber Feind sein!

Wem also die Stimme geben?

Bis vor einiger Zeit gab es noch die KPÖ als einzige Partei, die einen ehrlichen und ernsten Kampf gegen die Koalitionspolitik führte. Durch den Frontwechsel der Führung hat sie aufgehört, diese ehrenvolle Aufgabe zu erfüllen. Ihre Aufforderung, für Pittermann und Kreisky, für Czettel und Broda zu stimmen, ist ein Versuch, gerade jene Stimmen, die der Ausdruck des entschiedensten Kampfes gegen die Koalitionspolitik waren, für die Weiterführung dieser verhängnisvollen Politik dienstbar zu machen!

Gäbe es keine Stimmen mehr für eine echte Arbeiteropposition, so wäre das ein schwerer Schlag für die ganze österreichische Arbeiterklasse, ein gewaltiger Sieg der kapitalistischen Reaktion. Denn schon die Existenz einer klassenbewußten Arbeiteropposition, auch wenn sie zunächst nicht groß ist, nötigt den Kapitalisten Zugeständnisse an alle Arbeiter ab.

DOCH ES GIBT SCHON EINE KRAFT, DIE VERSUCHT,

DIESER NOTWENDIGEN ARBEITEROPPOSITION GEHÖR ZU VERSCHAFFEN!

Unter dem Namen „Marxisten-Leninisten Österreichs" - M.L.Ö. - haben sich neue Kämpfer zusammengefunden. Ihre Kraft ist noch nicht gross, aber sie haben bereits mit einer

Arbeiterliste MLÖ

****

in den Wahlkampf eingegriffen.

Wir, die Marxisten-Leninisten Österreichs, haben es uns zum Ziel gesetzt, alle durch den Verrat von SPÖ- und KPÖ-Führern politisch heimatlos Gewordenen, alle durch die kapitalistische Ausbeuterordnung Angewiderten zu s a m m e l n und z u s a m m e n z u s c h l i e ß e n, um gemeinsam für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung einzutreten und zu k ä m p f e n.

- UNSER PROGRAMM ist gemeinsamer Kampf gegen den Kapitalismus und alle seine Formen der Ausbeutung wie verschärfte Antreiberei, Teuerung und Geldentwertung, Mietzinswucher, Steuerdruck und Inflation.
- UNSER PROGRAMM ist gemeinsamer Kampf gegen jede Art von Volksbetrug durch Schönredner und Leisetreter, die sich als "Arbeiterführer" ausgeben.
- UNSER PROGRAMM ist gemeinsamer Kampf gegen alle Arten von Reaktion wie Monarchismus und Klerikalismus, Militarismus und Chauvinismus, Austrofaschismus und Neonazismus.
- UNSER PROGRAMM ist gemeinsamer Kampf für höheren Lebensstandard und Ausbau der sozialen Errungenschaften, für Demokratie und Frieden, für ein sozialistisches Österreich.

K E I N E STIMME DEN KOALITIONSPARTEIEN UND IHREN RECHTEN UND "LINKEN" ANHÄNGSELN!

K E I N E STIMME DEN OFFENEN ODER GETARNTEN STÜTZEN DES KAPITALISMUS!

BENÜTZT DIE WAHLEN ZU EINEM P R O T E S T GEGEN DIE HEUTIGE PROPORZ-, PROTEKTIONS- UND PROFIT-WIRTSCHAFT!

GEBRAUCHT EUREN STIMMZETTEL ZU EINEM BEKENNTNIS ZUM REVOLUTIONÄREN KAMPF FÜR DEN SOZIALISMUS!

S T I M M T DORT, WO SIE KANDIDIERT, FÜR DIE

ARBEITERLISTE MLÖ

MACHT IN DEN ANDEREN WAHLKREISEN EURE STIMMZET-

TEL FÜR ALLE PARTEIEN DIESES KORRUPTEN SYSTEMS UNGÜLTIG, INDEM IHR M. L. Ö. DRAUFSCHREIBT!

SO - UND NUR SO - MACHT IHR IHN GÜLTIG FÜR DIE GROSSE SACHE DER ARBEITERKLASSE, FÜR DEN KAMPF UM EIN SOZIALISTISCHES ÖSTERREICH!

Arbeiterliste der
M.L.Ö.
(Marxisten-Leninisten Österreichs)

Gegen die Wahllügen von rechts und von halblinks

Der neue Vorsitzende der KPÖ, Muhri, hat es am 10. Jänner d. J. auf einer Pressekonferenz, zu der er die gesamte bürgerliche Journaille eingeladen hat, für notwendig befunden, die Behauptung aufzustellen, die sich um die "Rote Fahne" sammelnde Gruppe österreichischer Kommunisten, die aus der KPÖ teils ausgeschlossen wurden, teils aus Protest gegen ihre revisionistische Politik ausgetreten sind, erhalte massive finanzielle Unterstützung durch die kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder China und Albanien. (Siehe auch "Volksstimme" vom 11.1.)

Für die richtige Einschätzung Muhris bzw. seiner Hintermänner ist nicht nur kennzeichnend, daß er haargenau jene Lüge übernimmt, welche die Reaktion seit eh und je verwendet, um Kommunisten, ja überhaupt alle revolutionären Kräfte als "ausländische Agenten" zu verleumden und die Heinrich Heine schon im vorigen Jahrhundert mit seinem Spott übergoß: "Fremde sind es meist / die unter uns gesät den Geist / der Rebellion. Dergleichen Sünder / gottlob, sind selten Landeskinder."

Ebenso kennzeichnend ist auch das Forum, vor dem Muhri seine Behauptungen vom Stapel ließ!

Übrigens ist offensichtlich, daß Muhri selbst nicht recht an seine Erzählungen glaubt. Denn schon im selben Atemzug, in dem er mächtige ausländische Finanziere andeutete, bezweifelte er auch, ob es den der proletarischen Sache treu gebliebenen Kommunisten gelingen würde, irgendwo eine Kandidatur zustande-

Aus dem Inhalt:

zubringen. Da Muhri wohl weiß, daß man mit ausreichenden materiellen Mitteln wenn schon keine Arbeiter, so doch beliebig viele Muhris auf die Beine bringen könnte, was für eine Kandidatur durchaus ausreicht, bleibt nur die Erklärung, daß er selbst nicht glaubt, was er sagt. Oder hat er erkannt, daß wir es ablehnen, uns ins politische Leben einzukaufen, sogar wenn wir dazu in der Lage wären, und daß ein wesentlicher Teil unserer Kritik an der heutigen KPÖ-Führung darin liegt, daß diese sich nicht auf die Kraft der Arbeiterklasse, sondern auf alles mögliche sonst orientiert?

Mögen sich die österreichischen Arbeiter, von deren Unterstützung wir in jeder Beziehung leben - leben müssen und leben wollen - selbst ein Urteil über Muhri bilden. Wir werden uns nicht provozieren lassen, auf seinem Niveau zu kämpfen. Er braucht nicht vor der Möglichkeit zu zittern, daß wir eine Versammlung bürgerlicher Zeitungsschreiber einberufen und dort über die Finanzierung des Apparats des ZK Aufschluß geben, obwohl wir - im Gegensatz zu Muhri - dabei bei der Wahrheit bleiben und sehr ins Detail gehen könnten.

Was aber die bürgerliche Presse betrifft, die jetzt von der vergifteten Munition, die ihr Muhri gegen uns geliefert hat, reichlichen Gebrauch macht, werden wir schon mit ihr fertig werden. Denn das ist eben auch einer der Unterschiede zwischen uns und ihnen: daß wir weder an ausländischen Drähten hängen, noch uns auf große Geldbeutel stützen können, sondern "nur" auf das gesunde Klassenbewußtsein, auf die Kampfbereitschaft und Kampfkraft unserer österreichischen Arbeiterklasse. Auch wenn es manchmal nicht so scheint - auf die Dauer ist das unbedingt die stärkere Seite.

DIE „ROTE KATZE" UND EINE SCHWARZE ENTE

Entsprechend den Beschlüssen der Aktivisten der "Roten Fahne" nahmen wir im Dezember vorigen Jahres die behördliche Anmeldung der Organisation "Marxisten-Leninisten Österreichs" vor. Laut Gesetz hat die Behörde 6 Wochen Zeit, um gegen die Gründung bzw. gegen irgendwelche Formulierungen ihrer Statuten Einspruch zu erheben. Fünf Wochen und fünf Tage lang machte sie von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch, doch am vorletzten Tag der Einspruchsfrist war es so weit: Der Herausgeber der "Roten Fahne" wurde vorgeladen und ihm eröffnet, daß die erfolgte Anmeldung der Organisation "Marxisten-Leninisten Österreichs" auf Grund juristisch anfechtbarer Formulierungen im Statut zurückgewiesen werden müsse. Da es sich bei den beanstandeten Formulierungen in keinem Fall um wesentliche Stellen handelte und keine inhaltlichen, sondern lediglich formelle Änderungen notwendig waren, konnten sie unverzüglich durchgeführt und die Neueinreichung der Statuten innerhalb weniger Tage vorgenommen werden.

So weit also die Tatsachen. Sehen wir uns nun an, welche merkwürdige Widerspiegelung sie in der bekanntermaßen so "soliden" und "wahrheitsliebenden" bürgerlichen Presse unseres Landes gefunden haben:

Am Tag nach der Zurückweisung unserer Statuten behauptete plötzlich wie auf ein Kommando ein rundes halbes Dutzend bürgerlicher Zeitungen, die behördliche Einspruchsfrist gegen die Gründung der Organisation der "Marxisten-Leninisten Österreichs" laufe ab, ohne daß ein Einspruch erfolgt sei. Das war die erste Lüge. Die

zweite folgte ihr auf den Fersen: etliche, vor allem schwarze und schwarzbraune Zeitungen,überraschten ihre Leser, von deren Vernunft sie nie viel gehalten haben, mit der "Sensation", unmittelbar vor Ablaufen der behördlichen Einspruchsfrist habe der Proponent der Organisation "Marxisten-Leninisten Österreichs" von sich aus die Anmeldung zurückgezogen, an welche Behauptung dann je nach Phantasie bzw. Phantasielosigkeit des betreffenden Redakteurs diverse Spekulationen geknüpft wurden.

Wozu eine solche freche Verdrehung der Tatsachen? Wozu ein solcher Masseneinsatz der bürgerlichen Journaille, um die Lüge hunderttausenden österreichischen Lesern in die Ohren zu blasen?

Die Aufklärung folgte bald. Sie erfolgte zunächst in Form eines groß aufgemachten Artikels auf der Titelseite des Zentralorgans der ÖVP, des "Volksblattes, vom 29. Jänner 1966. Es heißt dort unter anderem:

Auch „Chinesen" für rote Volksfront: Kandidatur wurde zurückgezogen

Die überraschende Zurückziehung des Antrages auf Genehmigung der kommunistischen Splittergruppe „Marxisten-Leninisten" könne nur auf eine Einigung zwischen diesen Radikalkommunisten und der offiziellen KPÖ zurückzuführen sein, erklärte Bauernbunddirektor Minister a. D. Graf dazu dem ÖVP-Pressedienst. „Der Zweck der erfolgreichen Bemühungen ist klar: Einsatz aller kommunistischen Kräfte bis zum letzten Mann für den Wahlsieg der SPÖ!" betonte Graf und fügte hinzu: „In der Öffentlichkeit **ist bekannt, daß innerhalb der KPÖ eine Gruppe besonders radikaler Kommunisten existiert. Diesen Superkommunisten ist die auf Moskauer Kurs eingeschworene KPÖ zu wenig radikal, sie bekennt sich zur viel gefährlicheren Abart des sogenannten chinesischen Kommunismus. Muhri selbst gab zu, daß diese ‚österreichichen Chinesen' aus der Volksrepublik China und von deren albanischem Satelliten erhebliche Geldmittel bekommen. Der offiziellen KPÖ ist es aber nun anscheinend gelungen, die ‚chinesischen Genossen' auf die in Moskau festgelegte Linie zu bringen, das heißt, daß nun am 6. März nicht nur die KPÖ allein, sondern auch ihre radikalmarxistische Gruppe geschlossen für die Sozialistische Partei Österreichs stimmen werden. Damit ist die totale Mobilisierung der KP unter Einschluß der ‚Leninisten und Marxisten' zur Stimmenabgabe für die SPÖ voll abgeschlossen. Das kommt selbstverständlich einer weiteren erheblichen Verschärfung der roten Volksfront-gefahr gleich."** !

Damit war die Katze aus dem Sack! Die Lüge von der freiwilligen Zurückziehung der Anmeldung der Organisation der "Marxisten-Leninisten Österreichs" war offenbar nur das Sprungbrett für eine noch größere Lüge: das Sprungbrett für die Lüge von einer "Zurückziehung der Kandidatur" der Arbeiterliste MLÖ, die Startbahn für eine aufwendige Lügenkampagne, die österreichischen Marxisten-Leninisten seien wieder reumütig an die Seite der Revisionisten zurückgekehrt, um mit ihnen bei dem gefährlichen Revolutionär Pittermann unterzukriechen!

Anders ausgedrückt: Bei ihrer hirnrissigen, aber leider nicht wirkungslosen Propaganda mit der "Roten Katze", zu der ihr der SP-Wahlbeschluß der Revisionisten alle Möglichkeiten bietet, ist es für die ÖVP sehr störend, wenn die Öffentlichkeit weiß, daß ein beträchtlicher Teil früherer KLS-Wähler nicht dem Rat der Revisionisten folgen wird, ja sogar eine ARBEITERLISTE MLÖ existiert, die vielen kommunistischen und anderen oppositionellen Wählern die Möglichkeit bietet, gegen die Koalitionspolitik zu stimmen. Die "Rote-Katze"-Propaganda ist lückenhaft und nicht so überzeugend, wenn es eine Arbeiterliste MLÖ gibt, die die aufrechten Kommunisten vereinigt - deswegen die Lüge, diese Kandidatur sei zurückgezogen und dadurch die "Gefahr der roten Volksfront" erheblich verschärft worden. Man erkennt hier übrigens besonders deutlich, wie sehr der SP-Aufruf des ZK der KPÖ der ÖVP hilft, ihre "Rote Katze" aufzublasen und wie unmittelbar es die Reaktion trifft, daß es die Arbeiterliste MLÖ geben wird. Das bezeichnende Zusammenspiel zwischen den Grafs und Muhris wird auch aus der Art klar, wie Graf den ihm von Muhri zugespielten Ball der "erheblichen Geldmittel" aus dem Ausland verwendet: "Muhri selbst gab zu..."

Eine womöglich noch plumpere "Auswertung" der selbst fabrizierten Lüge nahm das Molden-Blatt "Wochenpresse" vom 2. Februar 1966 vor: Sein Titelblatt "schmückt" die im typischen Molden-Jargon gehaltene fette Lüge: "KP-Chinesen stimmen für Pittermann". Im Innern dieses Blattes folgt dazu ein Dreispaltenartikel, der in Balkenlettern verkündet "Peking steckt zurück", was sich auf Grund der scharfsinnigen Kombinationen des Herrn Dr. Bert Pokorny darin mani-

festiere, daß die Marxisten-Leninisten Österreichs "auf Parteigründung verzichten und mit der KPÖ stimmen", nämlich für Pittermann.

Es lohnt sich nicht, auf den Unsinn im Detail einzugehen, den sich die "Wochenpresse" ihren Lesern vorzusetzen getraut und wir sind auch nicht verwundert darüber, daß man sich in der Umgebung des Herrn Molden schwer vorstellen kann, eine politische Gruppierung oder Partei werde nicht vom Ausland her dirigiert. Aber daß es Journalisten gibt, die nicht nur bewußt lügen, sondern es auch auf sich nehmen, hinterher in aller Öffentlichkeit als unverschämte Lügner bloßgestellt zu werden, ohne sich dagegen wehren zu können, ist immer wieder frappierend. Herr Molden sollte seinem Angestellten, dem Herrn Dr. Bert Pokorny, für diese wahrhaft restlose Selbstaufopferung für die Moldenschen Ziele unbedingt Gehaltsaufbesserung geben.

Ein für alle mal: Keine Lüge, sei sie von Muhri oder Graf, von Pokorny oder von sonst wem, wird wirkliche Kommunisten dazu bringen können, bei diesen oder anderen Wahlen Zuträgerdienste für Pittermann zu leisten! Keine Lüge, werde sie auch mit noch größerem Papier- und Stimmaufwand verbreitet, wird die Marxisten-Leninisten von der Durchführung dessen abhalten können, was sie sich vorgenommen haben, um ihre revolutionäre Pflicht zu erfüllen und ihrer Verantwortung vor der österreichischen Arbeiterklasse zu genügen.

Wir rechnen dabei weder mit dem Wohlwollen bürgerlicher Behörden noch mit dem der bürgerlichen Presse. Ganz im Gegenteil. Wenn sich diese Presse unseretwegen so sehr erregt und mit so großem Aufwand gegen uns lügt, fallen uns wieder die Worte Nekrassows ein: "Nicht in des sanften Lobs Tribut - im wilden Haßgeheul der Wut - erlauschen wir des Beifalls Stimme!"

F. St.

Offener Brief an Muhri

Der frühere Bezirkssekretär der KPÖ, Genosse Franz STEFKA, stellte uns den folgenden Offenen Brief an die Adresse seines früheren Kollegen, des heutigen Vorsitzenden der KPÖ, Franz Muhri, zur Verfügung.

Nach reiflichster Überlegung und aus tiefem Verantwortungsbewußtsein gegenüber der edlen Sache der revolutionären internationalen Arbeiterbewegung, der Achtung der wahren Lehren des unverfälschten Marxismus-Leninismus, sowie der eigenen erarbeiteten Erkenntnisse im Laufe einer 35-jährigen Mitgliedschaft in der KPÖ und Tätigkeit als aktiver Funktionär, Bezirksleitungsmitglied und BO-Sekretär ziehe ich mit diesen Zeilen die notwendige Konsequenz.

Als Dein seinerzeitiger Mitarbeiter lernte ich Dich in den Jahren 1950-1955 als einen ehrlichen, aufrichtigen kommunistischen Funktionär kennen. Du warst damals, wie ich und andere Genossen unserer Bezirksleitung in Gänserndorf, kein Ja-Sager. Wir - und Du - waren nicht immer bereit, bedingungslos die Befehle aus dem ZK der Partei anzunehmen, wenn wir nicht selbst von der Richtigkeit diverser Ansichten überzeugt waren.

In dieser Zeit meiner Tätigkeit als freigestellter zweiter Bezirkssekretär begann ich mir schon ernste Gedanken zu machen über die ganze Tätigkeit des damaligen Parteiapparats des ZK. Damals war ich mir noch nicht so klar über die Absichten des Kampfes,

den das ZK und die niederösterreichische Landesleitung gegen viele ehrliche Kommunisten mit den Mitteln des gefälschten Materials bis zu den konstruierten Partei-Ausschlüssen führte - wobei auch ich selbst als durchführendes Werkzeug eingesetzt worden bin, gegen Genossen, die keine Ja-Sager sein wollten. Ich selber kam auch durch meine nicht bedingungslose Hörigkeit gegenüber dem führenden Parteiapparat in Gegensatz zu den Parteifunktionären Fürnberg, Meisel und anderen. Dieser Gegensatz zwischen mir und den führenden Parteifunktionären wegen meiner Ablehnung von Lobhudelei und Liebedienertum gegenüber diesen wurde mir des öfteren von einigen der damaligen sowjetischen Genossen Direktoren und von Parteifunktionären im Erdölgebiet von Mühlberg bis Prottes bestätigt.

Die selben führenden Parteifunktionäre von damals befinden sich noch heute - trotz ihres fehlerhaften, diktatorischen und kurzsichtigen Verhaltens - im Parteiapparat, obwohl sie dem Ansehen unserer Partei, dem Kampf der Partei sowie vielen tausenden Österreichern durch ihre falschen und kurzsichtigen politischen Ansichten und Perspektiven in bezug auf Österreich und die internationale Entwicklung großen Schaden zugefügt haben.

So gab es einen 20. Parteitag der KPdSU, einen Parteitag, den ich schon damals, so wie heute nach gründlicher Überzeugung und Beobachtung der internationalen politischen Entwicklung sowie der Vorgänge im sozialistischen Lager und in der kommunistischen Weltbewegung nur als den Parteitag der Zerstörung des Glaubens an Sozialismus und Kommunismus, sowie der Kraftquelle des revolutionären Kampfes der internationalen revolutionären Bewegung und damit des Verrates am Marxismus-Leninismus bezeichnen konnte und kann.

Leider stellte sich damals auch ein großer Teil des führenden Parteiapparates der KPÖ in eine Front mit diesen sogenannten "Wahrheitsaposteln" aus Moskau und übernahm im vollen Umfang deren Ansichten und Verleumdungen und duldete damit die Zersetzungsarbeit innerhalb der kommunistischen Weltbewegung. Sie brachten durch verschiedene Phrasen und durch zunächst abgeschwächte Versionen unsere Parteimitglieder zur Annahme der Ansichten und Beschuldigungen, die am 20. Parteitag der KPdSU von einigen egoistischen Strebern wie Chruschtschow und Konsorten über die "aufgedeckten Fehler" des Genossen Stalin verbreitet wurden. Damit begann auch innerhalb unserer Partei der Prozeß des Zerfalls, der sich in diversen Formen zeigte und jetzt den Beginn des Endes der KPÖ einleitet.

Im internationalen Maßstab wurde durch den 20. Parteitag und durch die Verleumdung des großen und wahren Kommunisten Stalin und seiner heroischen Zeitepoche der Festigung und des Aufstiegs der Sowjetvölker, den größten Feinden eines sozialistischen Weltsystems, den Imperialisten und Kapitalisten sowie ihren Werkzeugen, den Führern der Sozialdemokratischen Parteien, bestes Motiv und Waffe zur Untergrabung und Zerschlagung der internationalen revolutionären Bewegung geliefert.

Daß das Problem Stalin noch nicht entschieden, noch nicht abschlie-

ßend gelöst sei, hast Du, Genosse Muhri, mit selbst in einer persönlichen Aussprache vor dem 19. Parteitag der KPÖ mit den Worten versichert, die Dir führende Genossen der KPdSU gesagt hatten, sie seien sich dazu noch nicht einer Meinung und glauben, daß erst die Zeit eine richtige Antwort geben werde. Ich meinerseits glaube, daß diese Antwort schon erfolgt und bereits aus vielen Beispielen der jetzigen Periode des internationalen Kampfes und der Situation der revolutionären Weltbewegung ersichtlich ist:

Schwächung der politischen Kraft der kommunistischen Bewegung im Landes- und im internationalen Maßstab.

Verunglimpfung der Idee des Sozialismus sowie Vernebelung des Weges zum Sozialismus bei den breiten Massen der Werktätigen.

Beginnende Zersetzungserscheinungen im sozialistischen Lager, Ausbreitung des Nationalismus und Chauvinismus.

Stärkung des Einflußes der bürgerlich-bourgeoisen Ansichten und Methoden im gesellschaftlichen, politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben.

Cliquenkampf in der Parteiführung der KPdSU.

Diese Situation gefährdet die Erfolge der großen sozialistischen Oktoberrevolution und beleidigt die Errungenschaften des heroischen Kampfes der Sowjetvölker und aller Opfer der internationalen revolutionären Bewegung. Die opportunistische Verhaltensweise der KPdSU zum gerechten Kampf des vietnamesischen Volkes sowie anderer um ihre Freiheit kämpfender Völker kommt einer Rückendekkung des USA-Imperialismus, des Aggressors, gleich.

Zu meinem Bedauern muß ich feststellen, daß diese von Chruschtschow und Konsorten ausgestreute Teufelssaat des modernen Revisionismus auch in unserer österreichischen Partei ihren schädigenden und zersetzenden Einfluß ausübt. War es bisher nur Unglaube, Resignation, Abfall von verdienten Mitgliedern, Funktionären und überzeugten Kommunisten, bester Aktivisten unserer Partei, so geht es jetzt letzten Endes um die Auflösung der KPÖ als der einzigen Kraft, auf die trotz alles gegenteiligen Scheins ein großer Teil der österreichischen Arbeiterschaft als feste Hilfe im Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung hoffte! Der letzte Akt wird im Zusammenhang mit einer prinzipienlosen Wahlunterstützung der Verräter an der Sache der österreichischen Arbeiterbewegung, Pittermann und Konsorten, vollzogen werden.

Ich glaube, daß es trotzdem noch nicht zu spät ist, dieser so schädlichen und der ganzen revolutionären Weltbewegung gefährlichen Entwicklung Einhalt zu tun: Wenn wir uns unverzüglich auf die wahre revolutionäre Linie des Marxismus-Leninismus begeben und den modernen Revisionismus in allen seinen Erscheinungsformen kompromißlos bekämpfen.

Schluß mit der Liebedienerei vor den derzeitigen führenden Funktionären der KPdSU!

Offene Diskussion über die verschiedenen Ansichten zur internatio-

(Fortsetzung auf Seite 17)

ZUM KAMPF DER RAXWERK-ARBEITER

Vor knapp einem Jahr, als die Raxwerk-Arbeiter noch am Beginn ihres Kampfes standen, heulten alle Fabrikssirenen und läuteten alle Kirchenglocken Wiener-Neustadts. Der Gemeinderat und die Mandatare aller Parteien versicherten die Raxwerk-Arbeiter ihrer großen Sympathie, die Gewerkschaftsfunktionäre und Politiker aller Richtungen erklärten, das Raxwerk müsse als verstaatlichter Betrieb erhalten bleiben. Es sah aus, als ob die Raxwerk-Arbeiter außer ein paar Scharfmachern im SGP-Vorstand nur Freunde, Helfer und Bundesgenossen hätten. Ja, es sah so aus - in Wiener-Neustadt.

Aber in Wien sah es anders aus. Während in Wiener-Neustadt die Mandatare der ÖVP, SPÖ und KPÖ einstimmig beschlossen, das Raxwerk müsse verstaatlicht bleiben - den letzten Beschluß dieser Art faßten sie noch am 19. Oktober -, verhandelten in Wien unter dem Vorsitz Pittermanns die Vertreter der ÖVP und der SPÖ im "Fünfzehner-Ausschuß" bereits über die Modalitäten des Verkaufs des Raxwerkes. Und die Revisionisten in der Führung der KPÖ beschränkten sich darauf, die Führer der SPÖ als zu nachgiebig, als zu passiv zu kritisieren (obwohl sie am Verkauf aktiv mitwirkten), versuchten aber gleichzeitig, den Kampf der Raxwerk-Arbeiter als Reklameschild für ihre "Mitbestimmungs"-Theorie zu mißbrauchen.

Am Vorweihnachtstag wurde dann der Sitz- und Hungerstreik der Raxwerk-Arbeiter unterbrochen - ohne Sirenengeheul und Glockengeläute. Der begreifliche Wunsch der Raxwerk-Arbeiter, die Feiertage bei ihren Angehörigen zu verbringen, kam ihren "Freunden, Helfern und Bundesgenossen" in den Wiener-Neustädter Parteizentralen sicher nicht ungelegen. Hatte es intern doch schon zu Beginn des Sitzstreiks bei den erfahreneren Koalitionsdemagogen geheißen: "Laßt die Dinge jetzt ruhig ein bissel laufen - zu Weihnachten wird ohnedies der Frieden einkehren!"

Die Raxwerk-Arbeiter begannen nach den Feiertagen dennoch wieder den Kampf. Aber es war nicht mehr der gleiche, den sie vor einem Jahr begonnen hatten. Vielleicht ohne daß es manche Arbeiter bemerkten, hatte sich die Zielsetzung des Kampfes wesentlich geändert.

Der Kampf der Raxwerk-Arbeiter und das Problem der Verstaatlichung

Unter diesem Titel beschäftigte sich bereits eine eigene Nummer der "Roten Fahne" (Nr.31 vom 1.März 1965) ausführlich mit dem Fragenkomplex der Verstaatlichung im bürgerlichen Staat im allgemeinen und den sich für die Raxwerk-Arbeiter und die österreichische Arbeiterklasse daraus ergebenden Schlußfolgerungen im besonderen. Deshalb können hier einige kurze Feststellungen genügen.

Der Kampf der Raxwerk-Arbeiter begann als Kampf gegen die Re-

privatisierung, für die Verteidigung der Verstaatlichung. Daher ging es dabei nicht nur um ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen, sondern um weit mehr. Ihr Kampf war ein politischer Kampf im Interesse der ganzen österreichischen Arbeiterklasse und konnte daher bei breitesten Kreisen der arbeitenden Bevölkerung Verständnis und Unterstützung finden. Andererseits hätten alle jene, welche die Verstaatlichung als ein "Stück verwirklichten Sozialismus" oder als "Etappe auf dem Weg zum Sozialismus" bzw. als "Mittel zur Einschränkung der Macht der Monopole" anpreisen, die äußersten Anstrengungen machen müssen, um den Kampf der Raxwerk-Arbeiter zu fördern, Solidaritätsaktionen zu organisieren usw., hätten sie alle ihre vielen Machtmittel, Organisationen und Positionen mobilisieren müssen, um die gesamte arbeitende Bevölkerung in diesen Kampf einzubeziehen.

Sie haben es nicht getan! Sie alle, die über Machtmittel und Organisationen verfügen - SPÖ, ÖGB und auch die KPÖ - haben zwar etliche Reden gehalten und Artikel geschrieben, aber keine konkreten, wirkungsvollen Taten gesetzt. Sie haben - jeder auf seine Weise und entsprechend der ihm zukommenden Rolle - sogar das Gegenteil getan, nämlich die Raxwerk-Arbeiter von den eigentlichen Problemen und Aufgaben abgelenkt und sie demobilisiert.

Die Verschwörung gegen die Rax-Werke

Am Beispiel des Rax-Werks läßt sich aber ebenso das Versagen der SPÖ-Führung zeigen, wie aus nicht zu rechtfertigender Kompromißbereitschaft den Gegnern der Verstaatlichung in die Hände gearbeitet wird. Ohne die Zustimmung der SPÖ-Vertreter wäre es dem Generaldirektor *Zach* nie möglich gewesen, das Rax-Werk für das Privatkapital sturmreif zu machen. Zur Selbstentschuldigung haben sich *Pittermann* und *Benya* die These der ÖVP zu eigen gemacht, daß „ungesunde" verstaatlichte Betriebe, „im Interesse der Verstaatlichung selbst", abgestoßen werden müssen. Die ÖVP konzentriert sich darauf, die Betriebe *ungesund* zu machen und die SPÖ-Führer helfen der ÖVP, diese Betriebe abzustoßen.
Am 1. Dezember 1965 erteilte der Fünfzehner-Ausschuß mit den Stimmen der SPÖ dem Vorstand des SPG-Konzerns die Vollmacht, das Rax-Werk zu verkaufen. Noch am selben Tag — wieder mit Zustimmung der SPÖ — wurde der Vorvertrag mit dem Kugellagerfabrikanten Ferdinand *Pölzl* unterzeichnet. So schnell geht das!

Wie die vorstehenden Feststellungen der "arbeit" vom Jänner 1966 zeigen, kann auch die revisionistische KPÖ-Führung (Eigentümer der "arbeit" ist das Mitglied des Polbüros der KPÖ, Otto Horn) die Rolle der SP-Führung bei der Ruinierung und Verschleuderung des Raxwerkes und bei der Sabotage der "Verstaatlichten" im allgemeinen nicht leugnen. Und dennoch haben die Revisionisten den traurigen Mut, die Arbeiter aufzufordern, eben diesen SP-Führern und ihrer Verratspolitik am 6. März Zustimmung und Solidarität auszudrücken!

Möge man uns nicht mißverstehen: Wir sind die letzten, die sich über den Charakter und die Möglichkeiten der Verstaatlichung innerhalb des kapitalistischen Systems Illusionen machen, schon garnicht sehen wir in der Verstaatlichung ein Mittel zur Entmachtung der Monopole oder einen Schritt, der in irgendeiner Weise das Gefüge der kapitalistischen Wirtschaft sprengen und zum Sozialismus führen könnte, solange nicht der Staat selbst, also die Staatsmacht in der Hand der Arbeiterklasse ist. Das heißt aber nicht, daß uns die Frage Verstaatlichung oder Reprivatisierung im bürgerlichen Staat nicht interessiert, Erweiterung oder Verkleinerung des verstaatlichten Sektors und das Schicksal der einzelnen verstaatlichten Betriebe gleichgültig wäre. Auch über den Charakter und die Mög-

lichkeiten der bürgerlichen Demokratie als Herrschaftsform des Kapitals haben sich wirkliche Marxisten-Leninisten nie auch nur die kleinsten Illusionen gemacht - und dennoch waren und sind sie die weitaus konsequentesten Verteidiger der Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie gegen den Ansturm des Faschismus. Die bürgerliche Demokratie bietet für den Kampf der Arbeiterklasse günstigere Möglichkeiten als die offene, unmittelbare kapitalistische Diktatur, der Faschismus, und ein echter Revolutionär muß auch die kleinsten Möglichkeiten und Vorteile ausnützen, die den Kampf der Arbeiterklasse erleichtern und vorwärtsbringen können.

Ähnlich verhält es sich in mancher Beziehung mit dem Problem der Verstaatlichung im bürgerlichen Staat. In den verstaatlichten Betrieben stehen die Arbeiter nicht einzelnen Privatkapitalisten, sondern dem "Gesamtkapitalisten" Staat gegenüber, ihre wirtschaftlichen Kämpfe und Forderungen gewinnen somit rasch den Charakter politischer Auseinandersetzungen. Das bietet bessere Möglichkeiten zur Erhöhung des politischen Klassenbewußtseins der Arbeiterschaft, bessere Möglichkeiten, von betrieblichen Einzelaktionen zu Kampfaktionen der gesamten Arbeiterklasse vorzustoßen, und damit wieder die Möglichkeit, größere und weiterreichende Erfolge auch in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht zu erreichen. Es ist ebenso klar, daß sie Arbeiterbewegung um die Erhaltung und Erweiterung solcher Möglichkeiten kämpfen muß, wie es klar ist, daß es eben diese Möglichkeiten sind, welche dem Kapital die Verstaatlichung als eine fragwürdige Sache erscheinen lassen, obwohl es an den verstaatlichten Betrieben dick verdient.

Der Kampf der Raxwerk-Arbeiter begann als Kampf zur Verteidigung der Verstaatlichung, also als Kampf um die Erhaltung und Sicherung dieser günstigen Möglichkeiten, welche die Verstaatlichung für den Kampf der Arbeiterschaft bietet. Er war somit ein Kampf im Gesamtinteresse der österreichischen Arbeiterklasse und jeder Unterstützung würdig. Doch der Kampf änderte seinen Charakter.

Immer mehr begann die reformistische SP- und die revisionistische KPÖ-Führung die Frage der Erhaltung der Arbeitsplätze und der sozialen Rechte der Raxwerk-Arbeiter in den Vordergrund zu stellen. Nach der Weihnachtspause war es dann so weit: Es ging nicht mehr um die Verteidigung der Raxwerke als verstaatlichter Betrieb, nicht mehr um die Abwehr der Reprivatisierung, sondern um eine Art und Weise des Verkaufs der Raxwerke, die den dort beschäftigten Arbeitern ihre Arbeitsplätze und möglichst viele soziale Rechte erhalten sollte. Was vorher ein Anliegen der gesamten österreichischen Arbeiterklasse war, war nun auf das Problem einiger hundert Arbeiter zurückgeschraubt worden. Den Raxwerk-Arbeitern selbst kann man dabei keinen Vorwurf machen. Die ganze Verantwortung für diese spezielle Methode, dem Kampf seine für die Kapitalisten gefährlichen politischen Eckzähne auszubrechen, trifft jene, die sich täglich in schönen Worten und mit großen Gesten als Verteidiger der Verstaatlichung ausgeben, auch alle Mittel und Möglichkeiten

zur Erfüllung dieser Aufgabe hätten, aber im entscheidenden Moment die Arbeiter im Stich lassen oder ihnen sogar in den Rücken fallen.

Die Rolle der SPÖ-Führung

Die SP-Führung erklärt immer wieder, daß die staatlichen Machtpositionen, die sie errungen hat, eine Garantie für die Wahrung der Interessen der arbeitenden Bevölkerung darstellen. Und auch die Revisionisten in der KPÖ-Führung vertreten heute den Standpunkt, daß die Beteiligung der SP an der Koalition im Prinzip aus diesem Grunde zu bejahen sei. Sie kritisieren nur, daß die SP-Führung gegenüber der ÖVP zu nachgebig sei. Der Kampf der Raxwerk-Arbeiter hat die Haltlosigkeit und Verlogenheit einer solchen Verharmlosung und Beschönigung der Rolle der SP-Führung schonungslos enthüllt.

Wenn das Raxwerk reprivatisiert wird, dann nicht deshalb, weil es etwa der SPÖ an den nötigen Machtpositionen gefehlt hätte. Sie hat sie in reichstem Maß: der oberste Chef der verstaatlichten Industrie ist der SP-Vorsitzende und Vizekanzler Pittermann. Er ist auch der Vorsitzende jenes "Fünfzehner-Ausschusses", der den SGP-Vorstand zum Verkauf des Raxwerkes ermächtigt hat. Die verstaatlichte Industrie ist die stärkste Machtposition der SP - trotzdem hat der zuständige SP-Minister dem Verkauf des Raxwerkes zugestimmt. Er hat sich von der ÖVP dazu "zwingen" lassen. Aber kein ÖVP-Minister würde sich von der SPÖ dahin bringen lassen, im Machtbereich seines Ressorts Maßnahmen zu treffen, die den Interessen seiner Partei und der von ihr vertretenen Kapitalistenklasse zuwiderlaufen. Der ÖVP fehlt eben die Bereitschaft, sich "zwingen" zu lassen.

Mehr noch: Der Verkauf des Raxwerkes wurde nicht erst Anfang Dezember beschlossen. Es war ein Schacher, der schon längst, schon zu Beginn des Kampfes der Raxwerk-Arbeiter, von SP und VP gemeinsam beschlossene Sache war. Es war der Kaufpreis für den Pyrrhus-Sieg, den die SP, unterstützt von den Revisionisten in der KPÖ, bei der "Lösung" der Frage ÖMV-Örop-Martha errang!

GELD FÜR PITTERMANN-PROPAGANDA ???

> **Das Zentralkomitee der KPÖ hat in seiner Tagung vom 3. und 4. November 1965 den Wahlfonds für die Nationalratswahlen beschlossen. Das Material dazu ist an die Parteileitungen ausgegeben worden; damit beginnt die Wahlfondssammlung der KPÖ.**

Die Führung der KPÖ hat beschlossen, in 24 von 25 Wahlkreisen für die SPÖ zu stimmen. In ganz Österreich plakatiert sie bereits entsprechende Parolen und verbreitet in großer Auflage der SP-Wahlpropaganda dienende Broschüren. Sowas kostet viel Geld. Das ZK der KPÖ bittet die Mitglieder und Sympathisierenden der Partei, es ihm zu geben. Leute, die keine Umwege lieben, könnten es natürlich auch direkt an Pittermann überweisen. Für alle Kommunisten und klassenbewußten Arbeiter aber ist es wohl besser, ihren Wahlfondsbeitrag der Arbeiterliste M. L. Ö (Marxisten-Leninisten Österreichs) zur Verfügung zu stellen. Das ist die einzige Möglichkeit, es nicht dem Koalitionszwilling Pittermann, sondern der kämpfenden österreichischen Arbeiterklasse zugute kommen zu lassen.

Bekanntlich kämpften die Erdölarbeiter um die Eingliederung der zu 100 Prozent in staatlichem Besitz befindlichen Erdölvertriebsgesellschaften Örop und Martha in die ÖMV, um der verstaatlichten Erdölindustrie endlich einen eigenen Verteilerapparat zu verschaffen. Diesem Kampf wurde durch eine SP-VP-Vereinbarung die Spitze abgebrochen, wonach Örop und Martha an die ÖMV angegliedert würden - was am vorherigen Zustand nichts wesentliches ändert -, gleichzeitig aber 26 Prozent der Örop reprivatisiert werden. Die SP-Führung war nicht nur bereit, diese Machination zu akzeptieren, sondern dafür auch noch einen beträchtlichen Preis zu zahlen. Die Kampfgemeinschaft marxistisch-leninistischer Erdölarbeiter wies schon damals in einem Flugblatt darauf hin, daß damit für die Reprivatisierungspläne der ÖVP ein Präzedenzfall geschaffen wurde und als nächstes Opfer die SGP ausersehen war!

Es war aber mehr als ein Präzedenzfall: Auf einer Pressekonferenz Anfang Dezember richtete der Vertreter der "Volksstimme" an Pittermann die Frage, ob es wahr sei, daß der Verkauf des Rax-Werkes schon bei der Vereinbarung über Örop und Martha als "Ausgleich" mit der ÖVP vereinbart wurde. Indem Pittermann darauf die Antwort schuldig blieb, bejahte er faktisch die Frage. Dieser schon vorher bekannt gewordene Kuhhandel hinderte die "Volksstimme" allerdings nicht, die Örop-Martha-Regelung als großen Sieg der "Mitbestimmung" zu verherrlichen. Diese "Mitbestimmung" hatte darin bestanden, daß alle, die dem Örop-Martha-Vertrag zustimmten (von der ÖVP bis zur KPÖ), nicht nur zur 26-prozentigen Verschacherung der Örop, sondern auch zur 100-prozentigen Reprivatisierung des Raxwerkes ihren Segen gegeben hatten.

Der Kampf der Raxwerk-Arbeiter und die "Mitbestimmung"

Die Revisionisten haben bis vor kurzem den Kampf der Raxwerk-Arbeiter zur Verteidigung ihres Betriebes als verstaatlichtes Unternehmen zu einem Beweis für die Richtigkeit ihrer These von der "Mitbestimmung" der Arbeiter in der kapitalistischen Wirtschaft umzufälschen versucht. Sie haben es aufgegeben. Die Tatsachen haben sie zu hart Lügen gestraft. Die rechten SP-Führer und die KPÖ-Revisionisten haben die Toga der Verstaatlichungsverteidiger im Fall des Rax-Werkes selber in den Schrank gehängt und kämpfen jetzt im Hemd von Verteidigern der Arbeitsplätze und der sozialen Vorteile der Arbeiter. Das Feilschen um den Kaufpreis des Raxwerkes ist die neueste Sphäre ihrer "Mitbestimmungs"-Versuche. Dabei gehen sie so weit, vorzurechnen, daß der Verkauf an ausländische Interessenten sogar günstiger wäre als der Verkauf an den VP-Schützling Pölzl. Sie argumentieren damit, daß ausländische Interessenten erstens bereit wären, einen höheren Kaufpreis zu zahlen, und zweitens, die bisherige Produktion weiterzuführen und allen Arbeitern ihre Arbeitsplätze und sozialen Rechte zu garantieren. Unter Ausnützung der wirtschaftlichen Nöte der Raxwerk-Beschäftigten machen sie

sich so zu Vorreitern des Auslandskapitals. Während sie nicht müde werden, die Verstaatlichung als ein "Mittel zur Beschränkung der Macht des Monopolkapitals" und als eine "Garantie gegen den Ausverkauf unserer Betriebe ans Auslandskapital" zu feiern, sind sie bereit, für eine - wahrscheinlich nur auf dem Papier stehende - Hoffnung auf ein paar Silberlinge mehr gerade diesem ausländischen Monopolkapital den Steigbügel zu halten.

Wie soll es weitergehen ?

Der Kampf der Raxwerk-Arbeiter ist noch nicht zu Ende. Aber ihr Vertrauen auf die "Hilfe" der SP-Führung und die Schützenhilfe der KPÖ-Revisionisten für diese hat sie in eine schwierige Situation gebracht. Der bisherige Verlauf des Kampfes zwingt dazu, Schlüsse zu ziehen und Lehren zu beherzigen. Diese Lehren sind:

1. Die Machtpositionen der SP-Führung sind keine Machtpositionen der Arbeiterklasse, sie sind keine Gewähr für die Verteidigung der Interessen der Arbeiterschaft. Sie sichern weder die Aufrechterhaltung der Verstaatlichung, noch die Arbeitsplätze und sozialen Rechte der Arbeiter. Sie erleichtern es aber der ÖVP und den hinter ihr stehenden Kapitalistenkreisen, ihre arbeiterfeindliche Politik durchzusetzen, ohne auf eine der zahlenmäßigen Kraft und den gewaltigen Möglichkeiten der Arbeiterbewegung entsprechende massive Abwehrfront zu stoßen.

2. Es gibt im kapitalistischen Staat und in der kapitalistischen Wirtschaft (einschließlich der staatskapitalistischen) keine wirkliche Mitbestimmung der Arbeiter. Was hier unter der Flagge der "Mitbestimmung" marschiert, ist lediglich der Versuch, die Arbeiter mit der Mitverantwortung für reaktionäre, letzten Endes gegen sie selbst gerichtete Manipulationen zu belasten und so ihren Abwehrkampf zu lähmen. Wo Leute, die sich Arbeitervertreter nennen, in der kapitalistischen Wirtschaft "mitbestimmen", dort stimmen sie - bewußt oder unbewußt - dem Kuhhandel mit den Interessen der Arbeiter zu, die sie vertreten sollten.

3 Der Kampf der Raxwerk-Arbeiter geht um weit mehr als um einige hundert Arbeitsplätze und um die betrieblichen Rechte der dort Beschäftigten. Er ist eine Sache der ganzen österreichischen Arbeiterklasse. Nur wenn die Raxwerk-Arbeiter selbst und breiteste Kreise der österreichischen Arbeiterschaft das erkennen und bereit sind, diesen Kampf gemeinsam als gemeinsamen Klassenkampf auch gegen die Machenschaften der SP-Führung und der an deren Schoß hängenden Revisionisten zu führen, besteht Aussicht auf einen wirklichen Erfolg.

Für uns Marxisten-Leninisten aber ist der Kampf der Raxwerk-Arbeiter und sein Verlauf ein weiterer Beweis für die unerhörte Wichtigkeit unserer Aufklärungsarbeit über die schädliche Rolle des SP-Reformismus und des KPÖ-Revisionismus, ein Hinweis auf die Größe der auf unseren noch schwachen Schultern lastenden Verantwortung. Es ist das Bewußtsein dieser Verantwortung vor der Gegenwart und

Zukunft unserer Klasse, das auch unser Verhalten bei den kommenden Wahlen bestimmt: Mögen die Arbeiter, einer durchsichtigen reformistischen und revisionistischen Demagogie erliegend, nicht für die Verschacherer und ihre Helfershelfer stimmen, mögen sie nicht gegen sich selbst stimmen. Dankschreiben für den Verrat oder Mittel der Demonstration gegen ihn - es sollte nicht schwer sein, von diesen beiden Möglichkeiten der Verwendung des Stimmzettels die richtige herauszufinden.

A.F.

(Fortsetzung von Seite 10)

nalen Lage, zum Kampf der Völker um ihre Freiheit und über den Weg zum Sozialismus!

Eigene Meinungsbildung über alle Fragen unserer Zeitepoche, offene Verurteilung und Zurückweisung der Fehler, die von den modernen Revisionisten in der KPdSU und in einigen anderen sozialistischen Ländern gemacht werden!

Dadurch festigen und stärken wir die Idee des Marxismus-Leninismus und würdigen wir die große Tat der sozialistischen Oktoberrevolution, den heldenhaften Kampf der Sowjetvölker und aller anderen Völker, die den Weg zum Sozialismus bereits angetreten haben oder bereit sind, sich diesen Weg freizukämpfen.

Kampf dem gemeinsamen Feind, und nicht paktieren und kapitulieren vor ihm - das muß wieder die gemeinsame Losung in der internationalen revolutionären Bewegung werden!

Aus all den angeführten Tatsachen sowie auf Grund der von mir selbst erarbeiteten Erkenntnisse - unter Ausschluß aller persönlichen Gründe oder Eingebungen von anderer Seite - erkläre ich, daß es mit meiner marxistisch-leninistischen Überzeugung unvereinbar geworden ist, noch länger der KPÖ, die den Weg des Marxismus-Leninismus verlassen hat, anzugehören. In der Überzeugung, damit der Sache der kämpfenden revolutionären Weltbewegung zu dienen, ziehe ich die mir einzig bleibende Konsequenz und trete nach 35-jähriger Mitgliedschaft und Tätigkeit aus der KPÖ aus.

Ich verbleibe weiterhin ein Verfechter des wahren, des revolutionären Marxismus-Leninismus und grüße alle Genossen

mit revolutionärem marxistischem Gruß

Wien, am 3. Dezember 1965 Franz Stefka e.h.

VIETNAM

DIE TÄGLICHE "ESCALATION" DER US-FLUGZEUGVERLUSTE IN VIETNAM

Ein MG-Schütze der Demokratischen Republik Vietnam sagte einmal zu einem Reporter: "Bei der Zahl der heruntergeholten US-Flugzeuge gibt es eine ebenso rasche 'Escalation' wie bei den amerikanischen Aggressionsakten."

Tatsächlich gab es in der Periode vom 5. August 1964 bis 26. Oktober 1965 siebenhundert Abschüsse von US-Flugzeugen über der Demokratischen Republik Vietnam, wobei eine große Zahl amerikanischer Piloten getötet oder gefangengenommen wurde. Unter den abgeschossenen Flugzeugen befinden sich F-105-D-Thunderchiefs, F-4-H-Phantoms und B-57-Strategical-Bombers, der ganze Stolz der US-Luftwaffe. Demgegenüber hat das vietnamesische Volk während der ganzen vorhergehenden neunjährigen Periode des Befreiungskrieges gegen die französischen Kolonialisten nur 473 von deren Flugzeugen abgeschossen oder unschädlich gemacht.

Am Ufer des Roten Flusses hat das vietnamesische Volk kürzlich eine Art von Ausstellungs-"Friedhof" errichtet, um die Trümmer der US-Luftwaffe zu "begraben". Die Wracks sind auf verschiedene Haufen geworfen und vor jedem Haufen steht ein Stein, auf dem Type, Seriennummer sowie Ort und Zeit vermerkt sind, an dem das Flugzeug von seinem Schicksal ereilt wurde. Dieser "Friedhof" ist inzwischen die letzte Ruhestätte von insgesamt mehr als 20 verschiedenen Typen amerikanischer Flugzeuge geworden. "Soll Johnson seine Escalation betreiben, wenn er drauf besteht", sagte uns ein Wachtposten des "Friedhofs" am Roten Fluß. "Alles, was wir zu tun haben, ist es, mehr solche Friedhöfe bereit zu halten." Es gibt heute tatsächlich schon eine Anzahl von ihnen, verstreut über das ganze Land. Ein Besuch der Demokratischen Republik Vietnam überzeugt einem ohne allen Zweifel, daß die vielgerühmte "US-Luftüberlegenheit" nicht imstande ist, das tapfere vietnamesische Volk einzuschüchtern, das einen gerechten Befreiungskrieg führt.

Viele US-Flugzeuge wurden durch Soldaten heruntergeholt, die nur Gewehre oder leichte MGs verwendeten. Die Streitkräfte ganz Vietnams werden entsprechend ausgebildet. Sie organisieren sich selbst in Gruppen von "Flugzeug-Jägern", um die US-Luftgangster abzuschießen, die auch vor der Bombardierung von Spitälern und Dämmen nicht zurückschrecken. Durch diese Aktivität sowohl des Militärs als auch der Miliz in Stadt und Land ist ganz Nordvietnam ein gewaltiger Schießplatz geworden, mit den US-Flugzeugen als lebende Zielscheiben.

Wir erfuhren interessante Einzelheiten: So verloren die Amerikaner beim Versuch, eine Brücke am X-Fluß im Norden zu zerstören, 19 Flugzeuge. Allein an einem Tag im April schoß die Armee und örtliche Miliz vier US-Flugzeuge ab, die Erkundungsflüge über der Brücke machten. Um Mitternacht machten die Amerikaner dann einen Überfall mit zwei Flugzeugen, wobei eines direkt bei der Brücke von der Brükkenwache abgeschossen wurde. Am Mittag des folgenden Tages überschüttete eine große Zahl amerikanischer Bomber das Gebiet um die Brücke mit Bomben, doch innerhalb von 30 Minuten wurden 6 der angreifenden Flugzeuge zur Strecke gebracht. Die Verluste der Verteidiger beschränkten sich bei dieser Aktion auf eine leichte Verwundung eines vietnamesischen Gewehrschützen und auf ein Loch in der Brücke, nicht größer als ein Servierbrett. Drei Tage danach versuchten 22 US-Flugzeuge einen neuerlichen Überfall - und acht von ihnen wurden abgeschossen. Die Brükke erlitt diesmal einen ausgedehnteren Schaden, aber sie wurde rasch repariert und der Verkehr wurde nur kurze Zeit unterbrochen.

Der US-Kommentator H. Baldwin berichtete einmal in der "New York Times", daß es einige amerikanische Politiker als "Narrheit" bezeichneten, moderne Yets

zu riskieren, welche einen Wert von einigen Millionen Dollars je Stück repräsentieren, um eine Brücke zu zerstören, die nur einen Wert von einigen hunderttausend Dollars darstellt. Dabei erwähnte er nicht die Tatsache, daß die Vietnamesen diese "Mehrere-Millionen-Dollar"-Flugzeuge mit einfachen Gewehren abschossen.

In Südvietnam hat die Volksbefreiungsarmee eine Reihe von Überraschungsangriffen gegen Luftstützpunkte der USA und ihrer Marionetten unternommen, wobei sie dem Feind schwerste Verluste zufügte. Bei ihrem Angriff gegen die Bien-Hoa Luftbasis nahe Saigon am 23. August 1965 zerstörten sie innerhalb von 15 Minuten mehr als 60 Flugzeuge, töteten und verwundeten einige hundert Mann amerikanischer und australischer Truppen. Das war bereits der zweite Angriff auf diese Basis. Der erste erfolgte am 31. Oktober 1964, als die Befreiungsarmee 59 Flugzeuge, darunter 21 B-57-Flugzeuge, zerstörte und 293 Amerikaner unschädlich machte.

In Südvietnam wird ein 16-jähriger Bub namens Nguyen Tam viel bewundert wegen seiner Heldentat, innerhalb der ersten drei Monate des Jahres 1965 einen US-Helikopter und 15 Mann Feindtruppen erledigt zu haben. Der Bub stammt aus einer armen Bauernfamilie. Er versuchte 1964 der Volksbefreiungsarmee beizutreten, wurde aber nicht genommen, da er noch zu jung und zu klein war. Schließlich hatte er den Erfolg, einen lokalen Partisanenführer als Fürsprecher zu gewinnen, dem er tagelang mit Tränen und mit Drohungen zugesetzt hatte, allein seine Landsleute zu rächen.

Angesichts des Heroismus, den das vietnamesische Volk entfaltet, war selbst der US-Luftwaffensekretär Eugene Zuckert vor einiger Zeit gezwungen zuzugeben, daß "dieser Krieg durch Dollars oder Flugzeuge nicht gewonnen werden kann".

(Aus einem Artikel des Berichterstatters Chang Tung)
Copy-Right "Rote Fahne"

ZWEISCHNEIDIGE "ESCALATION"

US-Truppen in Südvietnam:

Jänner 1965:	23.000
Juni 1965:	53.000
September 1965:	100.000
November 1965:	160.000
Jänner 1966:	200.000

DURCHSCHNITT DER MONATLICH VERNICHTETEN FEINDTRUPPEN
(1961 bis Oktober 1965)

7 036
11 283
15 135
Vernichtete Gesamtstärke
253 300
135 400
151 350
1961-1963
1964
1965 (Zehn Monate)

DURCHSCHNITT DER MONATLICH VERNICHTETEN TRUPPEN DER USA
(1961 bis November 1965)

US
64
501
1 692
3 035
5 300
1961 bis Ende 1964
1965: Januar bis Juni
Juli-Sept.
Okt.-Nov.

BRIEFE AN DIE REDAKTION

"Ich gehe für die ROTE HILFE sammeln"

Der Bericht über die M e t h o d e n des ZK im GLOBUS hat mich so erschüttert, daß ich Euch ersuchen muß, mir zumindest noch 5 Stück dieser Nummer zuschicken.
Zu dieser Angelegenheit hatten wir schon mehrere Diskussionen. Zum Vorschlag bzw. Aufruf des Genossen Peter S i x t sind wir der Meinung, daß auch bei uns etwas gemacht werden muß. So werde ich mit einer Liste für die ROTE HILFE sammeln gehen. Die ersten 5 Schilling habe ich gleich von meinem Töchterl bekommen. Als sie von der Sache hörte, ließ sie es sich nicht nehmen, dafür etwas aus ihrer Sparkasse zu nehmen.
Übrigens möchte ich Euch auf einen Artikel in "Weg und Ziel" Nr.12 von 1964 aufmerksam machen, der mir dieser Tage zufällig in die Hände kam. Franz W e s t schrieb dort unter dem Titel: "Bilanz einer Fehlorientierung" über die Politik der SPÖ, für die er heute Wahlpropaganda macht. Der Artikel zeigt, mit welchem Tempo die Revisionisten die Partei auf den Hund bringen. Heute würde West wegen dieses Artikels wohl exkommuniziert.

H.G.

"Weinen könnte man..."

Weinen könnte man, wenn man betrachtet, was aus der 1945 wiedererstandenen KPÖ geworden ist. Mit welcher Begeisterung haben wir alle gearbeitet, halbe Nächte lang Plakate gepickt, jeden Sonntag Zeitungen kolportiert und keine Mühe gescheut. Und heute? Heute beginnen auch noch "Kommunisten" mit der Theorie der SP! Es ist zum wahnsinnigwerden...

B.K., OÖ.

Ein - vorübergehend - müde gewordener Genosse schreibt

Nach mehr als 4 Frontkriegsjahren habe ich mich für die Politik zu interessieren begonnen. Über 10 Jahre habe ich als Aktivist der KPÖ mich schonungslos und ergeben der Parteiarbeit gewidmet. Ich war für jede Kampfaktion bereit. Die Familie stellte ich in den Hintergrund. Alles für die kommunistische Partei - alles für die Ziele des Kommunismus. Stalin war unser Vorbild, unser hervorragender Lehrer, Freund und Kampfgefährte. Ich war stolz darauf, mich überall als Kommunist bekennen zu können. Oft stand ich inmitten von Nichtkommunisten, oft inmitten von wirklichen Gegnern. Da habe ich diskutiert, gestritten und gekämpft für unsere Idee des Kommunismus, für unsere Rechte als Arbeiter und für die Wahrheit überhaupt. Sie war schön, diese Zeit. Wenn man soviel Kraft, zuversicht, Glauben und Überzeugung hat, dann ist man nie zu schlagen - da kann man aus jeder Aktion nur als Sieger hervorgehen. Nach wie vor bin ich überzeugt, daß für echte Parteiarbeiter die beste Kampfwaffe gutes Wissen, feste Überzeugung und unerschütterlicher Glaube an die Idee des Kommunismus ist. Hat die Partei solche Kader und ist die Partei innerhalb ihrer Reihen geeint, dann ist sie eine starke Partei, selbst dann, wenn sie klein ist.
Ich möchte jetzt aber die Frage stellen: Sind das überhaupt Kommunisten, die es sich haben gefallen lassen, daß unser hervorragender Kampfgefährte J.W.Stalin verleumdet und entehrt wurde? Selbst für den Fall, daß man aus taktischen Gründen Umwege machen, den Feind täuschen wollte, würde ich eine s o l c h e Taktik, welche die e i g e n e P a r t e i z e r s e t z t , ablehnen. Auch dann, wenn dadurch der Frieden gewonnen werden könnte. Ein solcher Frieden würde letzten Endes ein Frieden der Feinde sein, die Rechtlosigkeit und Ausbeutung würden nie aufgehoben werden. Die kommunistischen Parteien wären nur mehr dem Namen nach vorhanden ohne marxistische Prinzipien.
Die Angriffe gegen Stalin waren der Anfang einer gewaltigen F e i n d o f f e n s i v e gegen die sozialistische Weltrevolution. Dem kapitalistischen Gesellschaftssystem ist es gelungen, ihre Agenten bis in die Zentralkomitees kommunistischer Parteien einzuschleusen, um dann von innen heraus die kommunistische Weltbewegung aufzuspalten und zu zersetzen, mit dem Endziel, den Kommunismus zu zerschlagen.
Stalin hat gesagt: Wir Kommunisten sind Menschen besonderen Schlages, wir sind aus besonderem Material geformt... Es hat sich aber gezeigt, daß es viele sehr schlechte Kommunisten gibt, sogar solche, die vor keiner Falschheit, vor keiner Verleumdung zurückschrecken. Handelte es sich um irgendwelche einfachen Mitglieder, dann könnte man darüber vielleicht hinwegkommen. Was wir

WIR BITTEN UM ZUSENDUNG DER ADRESSEN VON INTERESSENTEN DER "ROTEN FAHNE"

aber von führenden Kadern der kommunistischen Weltbewegung erlebt haben - da möchte man auf jede Politik verzichten...
Ich verachte heute nicht die Menschen, nein, aber ich bin gerne allein und möchte möglichst wenig mit den Menschen zu tun haben. Ich habe mich sehr zurückgezogen. Wie Du siehst, bin ich nichts mehr für die politische Arbeit. Ich sehe die Welt, die Menschen - und fürchte um sie. Wann wird der Mensch wirklich zum Menschen? ...
Überzeugt bin ich, daß die chinesischen Genossen, das ganze chinesische Volk, in unserer Zeit den r i c h t i g s t e n W e g gehen. Darum gilt diesen Genossen meine Sympathie und ich glaube, auch wenn es lange dauern wird, auch wenn es Rückschläge geben wird - aber der Sieg gehört denen, die wie sie zu kämpfen verstehen.

d.r. NÖ.

Sie nennen uns "Chinesen" ...

Die bürgerliche Presse, die gewohnt ist, an fremden Drähten zu hängen und sich eine wirklich selbständige politische Bewegung nicht vorstellen kann, wird nicht müde, uns, die den revolutionären Grundsätzen treu gebliebenen österreichischen Kommunisten, als "Chinesen" zu bezeichnen. Da die chinesischen Genossen schließlich in der ersten Reihe der kommunistischen Weltbewegung stehen, muß uns das ja auch nicht kränken. Interessant ist jedenfalls der Respekt, den die bürgerliche Presse vor unserer A k t i v i t ä t hat. So hat die "Kremser Zeitung" vom 11. Jänner 1966 wieder einmal unsere Aktivität "gewürdigt", sogar auf der ersten Seite. Ich lege Euch den Zeitungsausschnitt bei.

E.L. Krems

„Chinesische KPÖ" wieder aktiv

KREMS. — Vergangene Woche wurde in Krems abermals chinesisches Propagandamaterial verteilt. Unbekannt bleibende Agitatoren steckten in Briefkästen Schrifttum der chinesisch orientierten KPÖ, in dem gegen den Einsatz der USA in Vietnam gehetzt wird.

Zum SP-Wahlbeschluß der KP-Führer

Fünfundachtzig Jahre überschritten, bin ich doch noch halbwegs körperlich und geistig gut erhalten. Von Jugend auf habe ich der fortschrittlichsten Bewegung angehört und bin auch in schwersten Zeiten, trotz großer Familie, meiner Gesinnung treu geblieben... Das Leben eines Revolutionärs war nicht auf Rosen gebettet, aber wir wissen, daß wir das Ziel erreichen werden...
Bezüglich der Wahlen kann ich nur sagen, daß die Revisionisten jetzt offen Farbe bekennen mußten. Es wird immer offensichtlicher, wohin sie steuern. Viele Genossen können es mit ihrer Gesinnung nicht mehr vereinbaren, nach diesem Verrat in der Partei zu bleiben. Es ist nur schade, daß ich nicht mehr mitwirken kann wie früher - wegen meinem hohen Alter. Auch bei uns sind nicht alle Genossen einverstanden. Die Ideale, für die sie jahrelang, jahrzehntelang gekämpft haben, sollen nicht vergessen oder einer Partei geopfert werden, die längst schon den Sozialismus über Bord geworfen hat.

Mit proletarischem Gruß
C.G., Salzburg

Brief aus einem Land, in dem die "Rote Fahne" illegal gelesen werden muß

Für einen alten, verbitterten Kommunisten wie mich ist es immer eine große Freude und ein Gefühl des Nichtverlassenseins, ja des Stolzes über die internationale kommunistische Bewegung, wenn ich Eure "Rote Fahne" durch einen alten Freund aus ... in heimlicher Weise zugesteckt erhalte... Wir sind hier eine ganze Gruppe von alten Mitgliedern der Partei, echte marxistisch-leninistische Kämpfer. Wir kommen oft zusammen und diskutieren die aktuellen Dokumente der internationalen Arbeiterbewegung und die Organe der marxistisch-leninistischen Gruppen in Europa, soweit sie uns diese unser Verbindungsmann besorgen kann. Die Übersetzung besorgen wir in eigener Regie... Wir werden unser möglichstes tun, unseren Beitrag zu leisten an der notwendigen Aufklärung der Massen! Es lebe der unbesiegbare Marxismus-Leninismus! Es lebe die internationale Solidarität!

"In der Koalitionsbettgemeinschaft mit der SP"

Nun ist es so weit: sie sind abgerutscht auf dieser schiefen Ebene, auf die sie sich gleich nach dem 20.Parteitag der KP der SU begeben haben. Sie pochen auf die 135.000 Stimmen der KPÖ bzw. wollen diese Stimmen verschachern, ohne dafür auch nur ein Linsengericht zu bekommen. Doch n i e - m a l s wird ein aufrechter Kommunist die SPÖ-Führer wählen - dazu ist er zu gut erzogen worden. Aber es geht ihm nunmehr sicher ein ganzer Seifensieder auf. Nach all den Jahren der nur zu berechtigten Anprangerung der Verwerflichkeit der Koalitionsbettgemeinschaft der SP mit den Repräsentanten der finstersten Reaktion, wird ihm nun empfohlen, ich verbessere: wird er nun a u f g e - f o r d e r t , selber in diese Bettgemeinschaft mit einzusteigen. Was diese Herrschaften aufrechten klassenbewußten Arbeitern zumuten, ja ihnen sogar in Befehlsform abverlangen, ist der Gipfel.
...Sie sind Salonkommunisten geworden. Sie haben abgewirtschaftet und nun beginnt der Ausverkauf, nachdem alles verhunzt wurde...
Eines ist mir unverständlich, heute noch, und da komme ich nicht darüber hinweg: daß die Ideologen der KPÖ so mir nix, dir nix alles über Bord geworfen haben, aber schon alles, was sie selber früher so oft gepredigt haben. Da hätten sie doch

gleich zu Anfang ihrer politischen Laufbahn bei der SPÖ landen sollen. Andererseits begreife ich so schön langsam diese Brüder, das heißt ihre Angst vor dem Kampf ! Nur die Angst, aus ihrer gemächlichen Ruhe gestört zu werden, treibt die Revisionisten dazu, alles, was nach Revolution riecht, in Bausch und Bogen zu verdammen...
Der Beschluß des Revisionistenkaders der KPÖ, für die SPÖ zu stimmen, wird jetzt schon als Erfolg, ja, sogar als Sieg gegen die Reaktion hinausposaunt - das tut nicht einmal die SP, sie verhält sich reserviert. Sie weiß genau, daß sie die Stimmen der wahren Kommunisten nicht bekommen wird!

F.P., Salzburg

Prinzipienlose "Taktik" der KPÖ-Führer

Es ist eine glatte Lüge, wenn die KPÖ-Führung sagt: Um die absolute Mehrheit der ÖVP-Rechtsextremisten zu verhindern, ruft die KPÖ auf, für die SP zu stimmen. Denn warum kandidieren sie dann ausgerechnet in jenem Wahlkreis, in dem sie der SP das sicherste Mandat verschaffen könnten?... Offen gesagt, die KPÖ-Führung hat einen "taktischen" Zug gemacht: Sie machen sich bei der SPÖ gefällig; wenn es eines Tages schief gehen sollte, hoffen sie, bei der SPÖ aufgenommen zu werden. Und andererseits haben sie die Oppositionellen in der eigenen Partei beschwichtigt, denn sie "haben tatsächlich kandidiert".

K.W.

DOKUMENTE - DOKUMENTE - DOKUMENTE - DOKUMENTE

Zum 5. Jahrestag der Erklärung von 81 kommunistischen Parteien in Moskau

Unter dem Titel "Die Führer der KPdSU sind Verräter an der Deklaration und der Erklärung" veröffentlichte das Zentralorgan der KP Chinas, "Renmin Ribao", am 30. Dezember 1965 anläßlich des fünften Jahrestags der Moskauer Konferenz der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien die nachstehende redaktionelle Stellungnahme. (Siehe "Peking Rundschau" vom 4. Jänner 1966.)

Anläßlich des fünften Jahrestages der Erklärung von 1960 haben die neuen Führer der KPdSU mit der Veröffentlichung einiger Artikel eine kurze antichinesische Farce inszeniert.

Die revolutionären Prinzipien der Deklaration von 1957 und der Erklärung von 1960 stehen im diametralen Gegensatz zum chruschtschowschen Revisionismus. Die Bemühungen der getreuen Anhänger des chruschtschowschen Revisionismus, das Volk durch prahlendes Schwingen des Banners der Deklaration und der Erklärung zu verwirren, trägt lediglich dazu bei, ihre niederträchtigen Wesenszüge noch weiter aufzudecken.

Während der Ausarbeitung der Deklaration und der Erklärung haben die Marxisten-Leninisten einen scharfen Kampf gegen die chruschtschowschen Revisionisten geführt.

Die von Chruschtschow anläßlich des XX. Parteitags der KPdSU vorgebrachte revisionistische Linie steht im Gegensatz zu den revolutionären Prinzipien der Deklaration von 1957. Der XX. Parteitag der KPdSU hat in der internationalen kommunistischen Bewegung eine schwerwiegende Verwirrung bewirkt. Mit anderen Bruderparteien zusammen hat die Kommunistische Partei Chinas auf der Moskauer Konferenz einen auf Prinzipien gegründeten Kampf gegen die revisionistische Linie von Chruschtschow geführt.

Die revolutionären Prinzipien der Erklärung von 1960 waren wiederum gegen den chruschtschowschen Revisionismus gerichtet. Chruschtschow hatte zu jener Zeit seine Freunde und Feinde vollständig vertauscht, arbeitete offenkundig mit dem USA-Imperialismus zusammen, hatte die für Beziehungen zwischen Bruderparteien und -staaten geltenden Prinzipien vollständig unterminiert und führte in der internationalen kommunistischen Bewegung eine Spaltung herbei. Mit anderen marxistisch-leninistischen Parteien zusammen führte die Kommunistische Partei Chinas einen kompromißlosen Kampf gegen die Clique der chruschtschowschen Revisionisten und schützte die Reinheit des Marxismus-Leninismus.

Natürlich ist die Formulierung gewisser Probleme in der Deklaration und der Erklärung nicht allzu klar, und es kommen sogar Mängel und Fehler darin vor. Da die Führer der KPdSU wiederholt verlangten, daß

ihr Wunsch, diese Fassung mit derjenigen des XX. Parteitags der KPdSU zu verbinden, berücksichtigt werde, machten wir damals einige Konzessionen, um eine Verständigung zu erreichen. Bei mehr als einer Gelegenheit haben wir unsere Bereitschaft zur Annahme von diesbezüglichen Kritiken erklärt. Nichtsdestoweniger legen die Deklaration und die Erklärung eine Anzahl revolutionärer Prinzipien fest, die von allen marxistisch-leninistischen Parteien befolgt werden sollten.

In den Augen der chruschtschowschen Revisionisten bedeuten jedoch die Deklaration und die Erklärung nicht mehr als Papierfetzen. Diese Dokumente wurden noch am selben Tag der Unterzeichnung von ihnen zerrissen. Die chruschtschowschen Revisionisten haben sich entschlossen, Töne anzuschlagen, die im Gegensatz zum Marxismus-Leninismus, zur Deklaration und zur Erklärung stehen. Mit der Festlegung des revisionistischen Programmes der KPdSU anläßlich des XXII. Parteitages haben sie die Grundsätze des Marxismus-Leninismus und die revolutionären Prinzipien der beiden Erklärungen über Bord geworfen.

Wir wollen nun einige Vergleiche zwischen den revolutionären Prinzipien der Deklaration und der Erklärung einerseits, und der anläßlich des XX. und XXII. Parteitags der KPdSU beschlossenen Linie, die aus ihrem Programm hervorgeht und von den neuen Führern der KPdSU hartnäckig weiterverfolgt wird, andererseits, ziehen.

Die Deklaration und die Erklärung legen eine revolutionäre Linie fest. Hingegen verfolgen die chruschtschowschen Revisionisten ihre revolutionsfeindliche Linie der „friedlichen Koexistenz", des „friedlichen Wettbewerbes" und des „friedlichen Übergangs" weiter. Sie selbst wünschen keine Revolution und verbieten auch den anderen, Revolution zu machen. Sie selbst stellen sich gegen die bewaffneten Revolutionskämpfe der unterdrückten Nationen und verbieten den anderen, diese Kämpfe zu unterstützen.

Die Deklaration und die Erklärung weisen darauf hin, daß der USA-Imperialismus der gemeinsame Feind aller Völker der Welt ist und daß die Völker der ganzen Welt die breiteste Einheitsfront gegen die Aggressions- und Kriegspolitik der USA-Imperialisten bilden müssen. Dagegen vereinen sich die chruschtschowschen Revisionisten mit dem USA-Imperialismus gegen die Völker der Welt und setzen sich für eine Politik der amerikanisch-sowjetischen Zusammenarbeit zur Weltbeherrschung ein.

Die Deklaration und die Erklärung weisen darauf hin, daß die sozialistischen Länder an der Diktatur des Proletariats festhalten und die sozialistische Revolution sowie den sozialistischen Aufbau durchführen müssen. Hingegen stellten die chruschtschowschen Revisionisten die Trugschlüsse des „Staates des ganzen Volkes" und der „Partei des ganzen Volkes" auf, womit die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion abgeschafft wird und sich das Wesen der KPdSU als Vorhut des Proletariats verändert. Sie unternehmen Bemühungen, um in der Sowjetunion eine Diktatur der privilegierten bürgerlichen Schicht durchzusetzen, und sind auf dem Weg zur kapitalistischen Restauration.

Die Deklaration und die Erklärung weisen darauf hin, daß die Einheit zwischen allen kommunistischen Parteien und sozialistischen Ländern auf der Basis des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus erzielt werden muß und daß die Beziehungen zwischen allen Bruderparteien und -staaten den Prinzipien der Unabhängigkeit, der vollständigen Gleichberechtigung, der gegenseitigen Hilfe und der Erreichung einer Einstimmigkeit auf Grund von Beratungen unterstellt sein müssen. Hingegen betreiben die chruschtschowschen Revisionisten Großmachtchauvinismus, nationalen Egoismus und Spaltertum, schwingen überall ihren Kommandostab und mischen sich nach Lust und Laune in die inneren Angelegenheiten der Bruderparteien und -staaten ein; sie versuchen mit allen Mitteln, sie zu kontrollieren, unternehmen Sabotage- und Subversionstätigkeiten gegen sie und spalten die internationale kommunistische Bewegung und das sozialistische Lager.

Die Deklaration und die Erklärung weisen darauf hin, daß alle kommunistischen Parteien den Revisionismus und den Dogmatismus bekämpfen müssen, aber vor allem den Revisionismus, der heutzutage die Hauptgefahr für die internationale kommunistische Bewegung darstellt; die Erklärung verurteilt überdies ausdrücklich die jugoslawische Tito-Clique und bezeichnet sie als Abtrünnige. Hingegen ergehen sich die chruschtschowschen Revisionisten in herzlichen Umarmungen mit der Tito-Clique und versuchen, das Urteil über diese Verräterbande öffentlich zu widerlegen. Sie versammeln die Revisionisten aller Gattungen um sich, um die Marxisten-Leninisten und die revolutionären Völker der ganzen Welt zu bekämpfen.

Die sich seit einigen Jahren im Gange befindliche große Diskussion in der internationalen kommunistischen Bewegung ist ein großer Kampf darum, ob man am Marxismus-Leninismus festhält oder ihn verrät und ob man die revolutionären Prinzipien der beiden Erklärungen verteidigt oder abschafft.

Der von der Kommunistischen Partei Chinas am 14. Juni 1963 veröffentlichte „Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung" faßt die revolutionären Prinzipien der Deklaration und der Erklärung zusammen, verteidigt auf Grund einiger die heutige Revolution betreffenden grundsätzlichen Fragen die marxistisch-leninistische Position und weist den chruschtschowschen Revisionismus zurück.

Die Marxisten-Leninisten haben in ihrem Kampf gegen die chruschtschowschen Revisionisten bereits anfängliche, aber wichtige Erfolge erzielt. Sprechen die neuen Führer der KPdSU etwa nicht sehr gerne über die „vom Leben selbst bestätigte Linie"? Öffnet die Augen und betrachtet diese Resultate, die „vom Leben selbst bestätigt" wurden, sie sind sehr klar. Durch den entschlossenen Kampf aller Marxisten-Leninisten und revolutionären Völker, das große sowjetische Volk inbegriffen, ist der chruschtschowsche Revisionismus bankrottgegangen, und sein Begründer wurde von der Bühne der Geschichte verjagt. Das bedeutet

einen großen Sieg im Kampf zur Verteidigung des Marxismus-Leninismus und der in der Deklaration und Erklärung enthaltenen revolutionären Prinzipien.

Die neue Führung der KPdSU hat in einem in der „Prawda" erschienenen Artikel erklärt: „Die KPdSU ist der Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung treu geblieben, ist es heute noch und wird es auch in Zukunft sein." Nun wollen wir einmal untersuchen, was die neuen Führer der KPdSU sind, in der Vergangenheit waren und was sie zukünftig sein werden.

Was waren sie in der Vergangenheit? Sie waren die nächsten Waffenbrüder Chruschtschows. Sie hielten der Generallinie des chruschtschowschen Revisionismus die Treue. Sie waren gezwungen, den illustren Chruschtschow, Begründer ihrer Glaubensbekenntnisse und Maestro der „schöpferischen Entwicklung des Marxismus-Leninismus", zum alten Eisen zu werfen, ganz einfach weil Chruschtschow zu berüchtigt und zu dumm war, um weiterzupfuschen, weil Chruschtschow selbst zum Hindernis auf dem Weg des chruschtschowschen Revisionismus wurde. Die einzige Lösung, die chruschtschowsche revisionistische Clique am Ruder zu behalten, bestand darin, den Leithammel auszuwechseln.

Was sind sie heute? Sie sind die alte Garde der führenden Gruppe der chruschtschowschen Revisionisten. Sie bleiben der Generallinie des chruschtschowschen Revisionismus treu. Sie hören nie auf zu schwören, die unter dem Patronat von Chruschtschow anläßlich des XX. und XXII. Parteitags der KPdSU ausgearbeitete Generallinie sei ihre „einzige, unabänderliche Linie für die gesamte Innen- und Außenpolitik". Ab und zu tun sie, als ob sie gegen die Vereinigten Staaten wären, aber ihre gesamte Politik tendiert auf eine Zusammenarbeit zwischen den USA und der Sowjetunion zur Beherrschung der Welt. Sie haben unzählige Male erklärt, „die sowjetische Politik, die eine totale Zusam-

---

AUS DER MOSKAUER ERKLÄRUNG VON 1960 :

"Das industriell am stärksten entwickelte Land des Kapitalismus ist zum Lande der am stärksten mißgestalteten militaristischen Wirtschaft geworden. Die Vereinigten Staaten von Amerika rauben den Ländern Asiens und besonders Lateinamerikas mehr Schätze als alle anderen kapitalistischen Staaten und hemmen dadurch die Entwicklung dieser Länder. Das Eindringen des amerikanischen Kapitals in Afrika verstärkt sich. Der amerikanische Imperialismus ist zum größten internationalen Ausbeuter geworden...

Der Verlauf der internationalen Ereignisse in den letzten Jahren hat viele neue Beweise dafür erbracht, daß der amerikanische Imperialismus das HAUPTBOLLWERK DER WELTREAKTION, DER WELTGENDARM, DER FEIND DER VÖLKER DER GANZEN WELT ist...

Die Völker sind heute mehr denn je zu besonders hoher Wachsamkeit verpflichtet. Solange der Imperialismus besteht, wird auch der Boden für Aggressionskriege bleiben. Die Völker aller Länder wissen, daß die Gefahr eines neuen Weltkrieges noch nicht vorbei ist. DIE HAUPTKRAFT DER AGGRESSION UND DES KRIEGES IST DER AMERIKANISCHE IMPERIALISMUS...

Der aggressive Charakter des Imperialismus hat sich nicht geändert... Heute für den Frieden kämpfen, heißt größte Wachsamkeit üben, die Politik des Imperialismus unermüdlich enthüllen, ein scharfes Auge auf die Ränke und Machenschaften der Kriegstreiber richten, den heiligen Zorn der Völker gegen diejenigen entfachen, die den Kriegskurs steuern... Allen Völkern, die noch die Ketten des Kolonialismus tragen, muß weitgehende Unterstützung bei der Erringung der nationalen Unabhängigkeit gewährt werden! Die koloniale Unterdrückung ist in allen ihren Formen zu beseitigen... Alle sozialistischen Länder, die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung halten es für ihre Pflicht, die Völker, die um ihre Befreiung vom imperialistischen und kolonialen Joch kämpfen, auf jede Weise moralisch und materiell zu unterstützen."

"Die Führer des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, die den Marxismus-Leninismus verrieten, indem sie ihn für veraltet erklärten...betreiben eine Wühlarbeit gegen das sozialistische Lager und die kommunistische Weltbewegung... Die weitere Entlarvung der Führer der jugoslawischen Revisionisten und der aktive Kampf dafür, die kommunistische Bewegung wie auch die Arbeiterbewegung gegen die antileninistischen Ideen der jugoslawischen Revisionisten abzuschirmen, ist nach wie vor eine unerläßliche Aufgabe der marxistisch-leninistischen Parteien."

menarbeit mit den Vereinigten Staaten zum Ziel habe, bleibe unverändert". Während sie erklären, in der Sowjetunion werde der „Kommunismus" aufgebaut, beschleunigen sie die Restauration des Kapitalismus in ihrem Land. Unter dem lärmenden Motto „Aktionseinheit" wurde die spalterische März-Tagung in Moskau einberufen. Diese Tagung hatte zum Ziel, ihre Entzweiungsaktionen zu fördern, und nun stehen sie im Begriff, ein umfangreiches Komplott für einen Generalangriff auf China und für eine allgemeine Spaltung der internationalen kommunistischen Bewegung und des sozialistischen Lagers auszuhecken. Sie gehen immer weiter den Weg des chruschtschowschen Revisionismus.

Was werden sie in Zukunft sein? Ob sie auf den Weg des Marxismus-Leninismus und zu den revolutionären Prinzipien der Deklaration und der Erklärung zurückkehren oder nicht, hängt in erster Linie davon ab, ob sie die revisionistische Generallinie, die auf dem XX. und XXII. Parteitag und in dem Programm der KPdSU festgelegt wurde, verwerfen oder nicht. Solange sie diese Linie nicht völlig verwerfen, beweisen sie einzig, daß sie den chruschtschowschen Revisionismus ohne Chruschtschow immer noch weiterführen, welche Tricks sie auch vorführen und welches Flickwerk sie auch anbringen mögen. Alle Marxisten-Leninisten, das große Sowjetvolk und die revolutionären Völker auf der ganzen Welt haben keine andere Wahl, als sie weiterhin zu entlarven und den Kampf gegen sie bis zum Ende zu führen.

Die neuen Führer der KPdSU schreien sich nach „Aktionseinheit" heiser. Vor allem rufen sie in der Vietnam-Frage laut danach. Aber gerade in dieser Frage, die im Brennpunkt des gegenwärtigen internationalen Ringens steht, wird ihre revolutionsfeindliche Einstellung am deutlichsten sichtbar. Sie sind weit davon entfernt, an den Sieg des vietnamesischen Volkes im Volkskrieg gegen die Aggression des USA-Imperialismus zu glauben, und fürchten, es könnte ihnen daraus „Unheil" entstehen und ihre Zusammenarbeit mit dem USA-Imperialismus würde beeinträchtigt. Wie scheinheilig sie auch immer sein mögen, in letzter Analyse zeigt sich, daß ihre gesamte Tätigkeit auf die Aktionseinheit mit dem USA-Imperialismus abzielt, um die Vietnam-Frage in den Rahmen der sowjetisch-amerikanischen Zusammenarbeit zu stellen, dem USA-Imperialismus zu helfen, das Komplott der „friedlichen Verhandlungen" zu verwirklichen und die lohenden Flammen der vietnamesischen Volksrevolution zu ersticken. Das Schlagwort der „Aktionseinheit" ist nun in den Händen der chruschtschowschen Revisionisten zu einer gefährlichen Waffe geworden, die der Zwietracht dient. In Zusammenarbeit mit dem USA-Imperialismus versuchen sie vergeblich, mit diesem Schlagwort die kämpferische Freundschaft zwischen dem chinesischen und dem vietnamesischen Volk und die Einheit des vietnamesischen Volkes gegen die amerikanische Aggression zu untergraben. Das vietnamesische Volk führt einen siegreichen Kampf gegen den USA-Imperialismus und für die Rettung der Nation. Es ist die Pflicht der Marxisten-Leninisten und der revolutionären Völker, den gerechten revolutionären Kampf des vietnamesischen Volkes konsequent zu unterstützen und das Komplott der „Aktionseinheit", das die neuen Führer der KPdSU schmiedeten, unerbittlich aufzudecken.

Die neuen Führer der KPdSU behaupten, daß jedermann, der sich nicht an ihrer „Aktionseinheit" beteiligt, „die Imperialisten ermutigt, neue Risiken einzugehen". Damit wird alles völlig verdreht. Dienen nicht gerade die Politik der Beschwichtigung und der Kapitulation der revisionistischen Führergruppe der KPdSU und ihre Linie der sowjetisch-amerikanischen Zusammenarbeit für die Weltherrschaft dazu, die aggressive Arroganz des USA-Imperialismus zu erhöhen? Es ist deshalb nötig, darauf hinzuweisen, daß es die neuen Führer der KPdSU sind, die in Wirklichkeit „die Imperialisten zu neuen Risiken ermutigen".

Am meisten fürchten die neuen Führer der KPdSU, daß zwischen den Marxisten-Leninisten und ihnen eine Trennungslinie gezogen wird. Lenin erklärte jedoch,

„daß das große Werk der Vereinigung und Konsolidierung der kämpfenden Armee des revolutionären Proletariats nicht getan werden kann ohne konsequente Abgrenzung, ohne schonungslosen Kampf gegen alle jene, die Schrittmacher des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat sind".[1]

Da die neuen Führer der KPdSU am Revisionismus und Spaltertum festhalten, haben sie sich in direkten Gegensatz zum Marxismus-Leninismus gestellt. Kann man unter diesen Umständen erwarten, daß die Marxisten-Leninisten unterlassen werden, sowohl politisch wie auch organisatorisch zwischen sich und den neuen Führern der KPdSU eine Trennungslinie zu ziehen?

Wenn wir es unterließen, sowohl politisch wie auch organisatorisch zwischen uns und den chruschtschowschen Revisionisten eine deutliche Trennungslinie zu ziehen,

würden wir dann nicht mit ihnen zusammen den Marxismus-Leninismus und die revolutionären Prinzipien der Deklaration und der Erklärung verraten und selbst Revisionisten werden?

würden wir dann nicht mit ihnen zusammen in den Dienst des USA-Imperialismus treten und als dessen Komplicen handeln?

würden wir dann nicht mit ihnen zusammen die Revolution des vietnamesischen Brudervolkes untergraben und der Politik der Aggression gegen Vietnam und der Kriegsausweitung, die die USA-Imperialisten verfolgen, Dienste leisten?

würden wir sie dann nicht als „patriarchalische Vaterpartei" anerkennen, unter ihrem Kommandostab dienen, ihre privilegierte Stellung als Großmacht anerkennen und zu ihrem Anhängsel werden?

würden wir dann nicht nach ihrem Vorbild im Inneren den Kapitalismus wiederherstellen und die brei-

1) W.I. Lenin, „Resolution der II. Pariser Gruppe der SDAPR über die Lage in der Partei", Werke, deutsche Ausgabe, Dietz Verlag Berlin 1963, Bd. 17, S. 209

ten Massen der Werktätigen in eine Lage bringen, in der sie erneut unterdrückt und ausgebeutet werden? würden wir uns dann nicht nach ihrem Vorbild in Gegensatz zu unserem eigenen Volk sowie den Völkern der ganzen Welt stellen und einem schlimmen Ende entgegengehen, ohne uns der Verurteilung durch die Geschichte entziehen zu können?

Als eine wahre marxistisch-leninistische Partei kann die Kommunistische Partei Chinas nur die kategorische Antwort erteilen, daß wir weder jetzt noch in Zukunft eines dieser Dinge tun können.

Die Kommunistische Partei Chinas hat konsequent die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung und des sozialistischen Lagers gewahrt. Die einzige, wahre Einheit beruht auf dem Marxismus-Leninismus, dem proletarischen Internationalismus und den revolutionären Prinzipien der Deklaration und der Erklärung. Was die neuen Führer der KPdSU als „Einheit" bezeichnen, ist eine falsche Einheit. Sie haben den Marxismus-Leninismus, den proletarischen Internationalismus und die revolutionären Prinzipien der Deklaration und der Erklärung verraten, und dieser Verrat kann nur zu einer Spaltung führen. Wir wollen eine wahre Einheit und bekämpfen die falsche entschlossen. Um der Verwirklichung der wahren internationalen proletarischen Einheit willen führen wir den Kampf gegen den chruschtschowschen Revisionismus.

Zusammen mit den anderen Marxisten-Leninisten und den revolutionären Völkern der Welt werden die chinesischen Kommunisten stets das Banner des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus hochhalten, die revolutionären Prinzipien der Deklaration und der Erklärung befolgen und den Kampf gegen den chruschtschowschen Revisionismus bis zum Ende führen.

Die Welt schreitet vorwärts. Wir sind fest überzeugt, daß der Kampf der Völker der Welt gegen den Imperialismus, die Reaktion und den modernen Revisionismus und die Sache des Weltfriedens, der nationalen Befreiung, der Volksdemokratie und des Sozialismus immer weitere große Siege erringen werden.

DIE LÜGEN UND DIE WAHRHEIT ÜBER DIE VIETNAM-LIEFERUNGEN

In einer offenen Falschmeldung der „New York Times" wurde behauptet, China habe verlangt, daß die Sowjetunion die Frachtkosten für das Unterstützungsmaterial nach Vietnam in Dollars bezahlen müsse. Die sowjetische Wochenschrift „Za Rubezhom" (das Leben im Ausland) druckte in Nummer 50 (10. bis 16. Dezember 1965) dies ab.

Die Falschmeldung lautet in der Wiedergabe von „Za Rubezhom": „Das kommunistische China verlangt und erhält von der Sowjetunion die Bezahlung der Frachtspesen für die Transitlieferungen von Kriegsmaterial und Arzneimitteln nach Nordvietnam. Dies wurde in asiatischen Kreisen berichtet. Peking verweigerte die Annahme von Zahlungen in Rubeln und verlangte Dollars, die es, wie diese Kreise sagten, für seine Käufe im Ausland benötigt. Dies wurde berichtet, kurz nachdem der Vertreter der Sowjetunion im Politischen Ausschuß der (UNO-)Vollversammlung das Wort ergriffen und Nordvietnam weitere wirtschaftliche und militärische Hilfe sowie volle politische Unterstützung versprochen hatte."

Was sind jedoch die Tatsachen? Die Wahrheit ist, daß am 25. Februar 1965 die sowjetische die chinesische Seite ersuchte, beim Transport einer Lieferung von Kriegsmaterial nach Vietnam behilflich zu sein, und sagte, daß die sowjetische Regierung bereit wäre, die Transitkosten zu bezahlen. Nichtsdestoweniger beschloß die chinesische Regierung, dies völlig kostenlos zu machen.

Am 30. März 1965 unterzeichneten beide Seiten ein Protokoll, das ausdrücklich festlegte, daß China diese Transitlieferung kostenlos transportieren würde. Seither sind alle Lieferungen sowjetischen Kriegsmaterials nach Vietnam, die auf Ersuchen der sowjetischen Seite mit den chinesischen Eisenbahnen befördert wurden, in Übereinstimmung mit dem Protokoll kostenlos durch China geführt worden.

Unter dem Titel "Wie tief sie sinken können!" veröffentlichte das Zentralorgan der KP Chinas, "Renmin Ribao" vom 23. 12. 1965 zum vorstehenden Sachverhalt folgende Stellungnahme, die eine klare Antwort auch auf die Gerüchte enthält, welche die revisionistischen Führer der KPÖ unter Berufung auf "interne Informationen" aus Moskau seit einiger Zeit verbreiten:

Die chruschtschowschen Revisionisten haben in der Frage „des Transits der Lieferungen zur Unterstützung Vietnams" eine Reihe gehässiger Berichte über China verbreitet.

Kürzlich tat dabei auch die Moskauer Wochenschrift „Za Rubezhom" (das Leben im Ausland) wiederum das Ihre, indem sie eine Meldung der „New York Times" abdruckte. Darin hieß es, China habe gemäß seinen Verordnungen verlangt, daß der Transit von Kriegsmaterial und Arzneimitteln, die im Rahmen der sowjetischen Hilfeleistung an die Demokratische Republik Vietnam geliefert werden, in Dollars und nicht in Rubeln bezahlt werde. Dies ist, in wenigen

Worten gesagt, ein Versuch, China als einen versessenen Profitjäger darzustellen, der in einem Krieg mit dem Blut und den Opfern des vietnamesischen Volkes schmutzige Geschäfte macht. Nichts könnte schlechter als dieser Versuch sein.

Es ist jedoch wirklich zu plump von den Herren Redakteuren der „Za Rubezhom“, China mit Zitaten aus der amerikanischen Presse anzugreifen.

Es drängt sich folgende Frage auf: Wenn die Tatsachen den Angaben in der Wochenschrift entsprächen, aus welchem Grund würde sich dann die sowjetische Presse auf Zitate aus der Presse des USA-Imperialismus berufen, anstatt zu schreiben, was sie mit ruhigem Gewissen vertreten könnte.

Man kann diese Leute ebenfalls fragen: Da ihr wollt, die Leser sollten den Worten der „New York Times“ Glauben schenken, und da sich nur China und die Sowjetunion mit dem Transit von Unterstützungsmaterial nach Vietnam befassen, ist es dann nicht geradezu augenfällig, daß das Gerücht, das die Amerikaner verbreiten, bei euch, ja nur bei euch entstand?

Nicht zum ersten Mal betreiben die sowjetischen Führer wegen der sogenannten Lieferungen zur Unterstützung Vietnams chinafeindliche Propaganda. Verleumdungen und Gerüchte wurden seit März 1965 überall verbreitet. Das eine Mal wurde behauptet, China „verhindere den Transit sowjetischer Lieferungen zur Unterstützung Vietnams“, das andere Mal hieß es wieder, China „mache Schwierigkeiten“ bei diesem Transit. Solche Gerüchte wurden zuerst von westlichen Journalisten in Moskau verbreitet; dann stürzten sich die Parteiorgane gewisser osteuropäischer Länder darauf und veröffentlichten sie. Nun bedient sich die sowjetische Presse ihrerseits einer Meldung der „New York Times“, um China zu verleumden und die Einheit Chinas und Vietnams im Widerstandskampf gegen den USA-Imperialismus zu untergraben. Diese Tatsache zeigt weiter, daß die chruschtschowschen Revisionisten und die USA-Imperialisten wie Komplicen arbeiten und einander nachbeten.

Lügen können jedoch vor den Tatsachen nicht bestehen. Nach unserer Meinung ist es jedoch nicht nötig, alle Einzelheiten über diese Frage zu veröffentlichen; einige Punkte genügen schon.

1. Die neuen Führer der KPdSU stellten nach der Machtübernahme fest, daß das vietnamesische Volk im Kampf gegen die USA gewaltige Siege errungen hatte; deshalb stellten sie sich von Chruschtschows Politik des „Disengagement“ auf eine Politik der Einmischung um und beschlossen, Waffen nach Vietnam zu senden. Ihr Ziel war, dank ihrer Hilfe in der Vietnam-Frage ein Mitbestimmungs-, Kontroll- und Vertretungsrecht zu erlangen, um mit den Vereinigten Staaten ein politisches Geschäft abschließen zu können.

2. Es ist die Pflicht der Sowjetunion, dem vietnamesischen Volk in seinem Widerstandskampf gegen die amerikanische Aggression und zur Rettung seines Landes zu helfen. Je mehr und je zweckmäßigeres Kriegsmaterial die Sowjetunion nach Vietnam liefert, um so besser ist dies. Bis heute ist jedoch ein großer Teil der sowjetischen Kriegsausrüstungen, die nach Vietnam gesandt wurden, veraltet und wird von den sowjetischen Streitkräften nicht mehr verwendet, oder es handelt sich um beschädigte Waffen, die aus den Lagern ausgeräumt wurden. Sowohl quantitativ wie qualitativ entspricht die Hilfe bei weitem nicht der Stärke der Sowjetunion und ist auch weitaus geringer als jene, die die UdSSR den indischen Reaktionären gewährte.

3. China hat, um seine Pflicht des proletarischen Internationalismus zu erfüllen, mit aller Kraft stets das vietnamesische Volk in seinem Widerstandskampf gegen die USA-Aggression und zur Rettung seines Landes politisch, wirtschaftlich und militärisch unterstützt. China hat stets die getroffenen Vereinbarungen eingehalten und sein möglichstes getan, um alles Kriegsmaterial, das die Sowjetunion auf dem Landweg Chinas im Transit lieferte, rasch nach Vietnam zu befördern. Über jede Lieferung sind Akten vorhanden. China verrechnet die Kosten all dieser Transporte nicht. Wir haben von der Sowjetunion keine einzige Kopeke, geschweige denn US-Dollars verlangt.

Dies ist die Wahrheit in dieser Frage.

Die neuen Führer der KPdSU haben seit ihrer Machtübernahme, wenn sie keine vernünftigen Argumente hatten und keine Tatsachen vorbringen konnten, noch mehr und häufiger Gerüchte und Verleumdungen verbreitet sowie Zwietracht gesät als seinerzeit Chruschtschow. Auf den verschiedenen Versammlungen in der Sowjetunion, bei bilateralen Fühlungnahmen der Sowjetunion mit anderen Ländern und auf allen internationalen Konferenzen haben sie alle Arten neuer, erstaunlicher Lügen über China verbreitet, um das Sowjetvolk und die übrigen Völker der Welt, die den wahren Sachverhalt nicht kennen, zu täuschen. Die neuen Führer der KPdSU sind so weit gesunken, daß sie zur Sicherung ihrer weiteren Existenz Gerüchte verbreiten müssen.

Lügen haben kurze Beine. Wenn sich einmal etwas als Lüge herausstellt, so werden auch die häßlichen Züge des Verleumders deutlich sichtbar.

(Aus "PEKING RUNDSCHAU" vom 4. Jänner 1966 (Nr. 1/66)

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, für den Druck und den Inhalt verantwortlich : Franz Strobl, Wien 15., Goldschlagstr. 64

P.b.b. Erscheinungsort Wien Verlagspostamt Wien 101